

# GLOBAL



# VIEW

**Unabhängiges Magazin**

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)  
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

**3 | 2009**

3 EURO



## Kopenhagens "Green New Deal"



# kein text. kein bild.

wir beschränken uns aufs reden!

[www.debattierclub.org](http://www.debattierclub.org)



zwei teams | ein thema | pro - con

# Liebe Leserin! Lieber Leser!



**D**er Klimawandel wird mittlerweile als Faktum anerkannt. Wie groß der Einfluss des Menschen daran ist, bleibt umstritten. Entscheidend ist, dass gemeinsame, universelle Anstrengungen unternommen werden, um Abgase zu reduzieren. Seit 1992 wird der Kampf primär dem CO<sub>2</sub> gewidmet, das Kyoto-Protokoll ist ein Ausdruck dessen. Im Dezember 2009 werden die Staats- und Regierungschefs der Einladung der UNO folgen und sich in Kopenhagen versammeln, um ein Nachfolgeabkommen für Kyoto zu finden.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ruft in Anlehnung an Roosevelt zu einem "Green New Deal" auf. Damit soll die Krise durch eine ökologische Wirtschaft bewältigt werden. Ein Unterfangen, das durch nationale Interessen vieler Länder unterwandert wird.

**Internationale Gerichtshöfe** nehmen dank der progressiven Entwicklung im Völkerrecht zu. Während die Straftribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda vergleichsweise häufig in den Medien genannt werden, führt der Strafgerichtshof für Sierra Leone (SCSL) ein Schattendasein. Zu Unrecht, wie ein Artikel der Präsidentin des SCSL, Richterin Re-

nate Winter, zeigt. Dieser Ad-hoc-Strafgerichtshof hat wegweisende Entscheidungen für das Völkerrecht getroffen, vor allem Kindersoldaten oder Zwangsheirat betreffend.

**Weitgehend von einer** größeren Öffentlichkeit ignoriert, arbeitet Russland an einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa. Moskau fühlt sich oft ausgeschlossen und unverstanden. Mit einem neuen Vertrag, der derzeit in der OSZE diskutiert wird, sollen Missverständnisse aus dem Weg geräumt werden. Die Verhandlungen laufen, der Westen zögert. Das Ergebnis ist offen, doch die Diskussion darüber sollte verfolgt werden.

**Österreich wird immer** wieder vorgeworfen in der EU nicht genügend Allianzen zu bilden. Um einem bisher vernachlässigten Raum neuen Stellenwert zu geben, hat Österreich gemeinsam mit Rumänien eine Donau-Initiative ausgerufen. Die Pläne dazu erklärt der österreichische Außenminister Michael Spindelegger in dieser Ausgabe.

Johannes Langer  
Chefredakteur

**Blog:** Online unter <http://globalviewmagazine.wordpress.com> bietet GLOBAL VIEW seit Anfang Juni 2009 die Möglichkeit, alle im Heft abgedruckten Artikel zu lesen. Zusätzliche Beiträge, längere Versionen der Artikel und Interviews sind zusätzlich exklusiv auf unserem Blog zu finden. Wir freuen uns über Feedback in Form von Kommentaren zu den einzelnen Beiträgen.

**Erratum:** Bei der letzten Ausgabe des GLOBAL VIEW fielen aufmerksamen Lesern zwei Fehler auf. Der sudanesischen Präsident Al-Bashir ist vom ICC nicht verurteilt, sondern angeklagt worden – so wie dies im Editorial behauptet wurde. Beim Artikel "No Stereotypical Sex Tourist" ist der Vorname von Herrn Berardi natürlich Giorgio und nicht Giorgio. Trotz intensiven Lektorats kommen Fehler immer wieder vor. Wir bitten um Nachsicht!

---

**Impressum Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at) ■ **Chefredakteur:** Johannes Langer ■ **Redaktionsteam:** Mag. Louise Beltzung; Nora Berger; Daniel Jokesch; Joachim Kurz; Mag. Nadja Kwapil; Mag. Andrea Lehner; Nima Mansouri; Julia Pass; Werner Polzhuber; Magdalena Reitbauer ■ **Illustration:** Daniel Jokesch ■ **Layout:** Fleur de Weerd ■ **Lektorat:** Mag. Louise Beltzung; Mag. Katharina Keimelmayr, BA; Mag. Andrea Lehner; Werner Polzhuber ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: Flickr / Richard Brand ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz.

**Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz** Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

# Autoren



**JONAS BAUMANN, BA**, studiert im Masterprogramm Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Uppsala in Schweden. Zuvor schloss er an der Universität Genf das Studium der Internationalen Beziehungen ab. Im Frühjahr und Sommer 2009 absolvierte er ein Praktikum bei der Schweizer Delegation bei der OSZE in Wien.



**AUGUSTIN NICOLESCOU, MA**, is a project coordinator and researcher at the Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding (IICP) in Vienna. He coordinates the IICP's ongoing Sri Lankan dialog peace support project; initiated in 2002 it operates on a Track 1.5 level with ranking political and social leaders.



**MARCUS CARLSEN HÄGGROT** studiert Politikwissenschaft in Uppsala, Schweden, und hat 2008/09 an der Sciences Po in Paris studiert. Seine Interessenschwerpunkte sind insbesondere westliche politische Theorie und Ursprungsvölker. Seine Vorliebe für Letzteres wurzelt im Erlebnis, zwei Sommer als Fischer auf Grönland gearbeitet zu haben.



**ANITA SEK, BA**, studies International Relations at the Jagiellonian University in Kraków, Poland, and Warsaw University, Poland. In 2009, she spent one semester at Vienna University with ERASMUS. Currently she prepares with the International Relations Students Association Kraków a project for the Youth Eastern Partnership. Her interests evolve around the Caucasus, civil society and theories of international relations.



**SAPPHIRE DIAMANT-RINK, BA**, has an undergraduate degree in History from the University of Montana. She is currently pursuing a Juris Doctorate at the University of Cincinnati College of Law where she is a fellow with the Urban Morgan Institute for Human Rights. Her interests are women's and indigenous rights, international law, and the confluence of indigenous traditions and modern legal systems.



Bundesminister Dr. **MICHAEL SPINDELEGGER** steht seit Dezember 2008 dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten vor. Zuvor hatte er für zwei Jahre das Amt des Zweiten Präsidenten des Nationalrates inne. Bis Oktober 2006 war Spindelegger für viereinhalb Jahre der Leiter der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der er acht Jahre lang angehörte.



MMag. **CARL EKSTRÖM** is Deputy Secretary of the Committee on Migration and Refugees of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe. He holds degrees in law and in philosophy at the University of Lund, Sweden, and in human rights at the European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation in Venice, Italy. The views expressed in the article are the author's own and does not necessarily represent those of his employer.



Mag. **BEATE WEGSCHEIDER** studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien. Ihre Schwerpunkte sind dabei Internationale Politik und Globalgeschichte. Derzeit schreibt sie an ihrer Dissertation über das Konfliktmanagement der Vereinten Nationen am Beispiel des Sudans. Im Zuge ihres Diplomstudiums hat sie sich im Bereich europäischer Sicherheit spezialisiert.



Mag. **KATHARINA KEIMELMAYER, BA**, studierte Internationale Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft in Wien und Vancouver. Sie war aktives Mitglied des Europäischen Jugendparlaments (EYP), u.a. als Board Member von EYP Austria. Nach rund zweijähriger Tätigkeit im Konsumgütermarketing nimmt sie im Oktober 2009 ein Postgraduate-Studium an der London School of Economics auf.



Judge **RENATE WINTER** was appointed by the UN Secretary General to the SCSL in 2002. She served as its Acting President in 2004 and in May 2008 was elected President. Judge Winter - a judge at the Vienna Youth Court - has also worked on projects relating to youth and child soldiers for the UN in numerous African countries. She is currently President of the International Association of Youth and Family Court Judges.

# Inhalt



FlickrR / Senor Codo

Die Klimakonferenz in Kopenhagen hat das schwierige Unterfangen, eine Nachfolge des Kyoto-Protokolls zu finden. Artikel S. 08



OSCE / Karen Minasyan

Russland will eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa. Diese wird derzeit innerhalb der OSZE geplant, birgt aber Kontroversen. Artikel S.19



FlickrR / Coco Ro

Außenminister Spindelegger will eine oft vergessene Region ins Zentrum rücken und damit auf EU-Ebene gehört werden. Artikel S. 22

## 06 UNO/International

- 06 Nora Berger UN Ticker
- 08 Mag. Katharina Keimelmayr, BA Seal the Deal
- 10 Judge Renate Winter Children: Soldiers and Wives
- 12 Augustin Nicolescou, MA No Peace for Sri Lanka's Displaced
- 13 Martin Meißnitzer Curing Extremism the Yemenite Way
- 14 Mag. Thomas Obersteiner The River Nile – A Salty Affair
- 15 Sapphire Diamant-Rink, BA Botswana: Leading the Way

## 16 Europa

- 16 Anita Sek, BA Neighbours, Indeed!
- 17 MMag. Carl Ekström Doing by Learning: Meet the Roma!
- 18 Marcus Carlsen Häggrot Grönland: Ohne Blut und Eisen
- 19 Jonas Baumann, BA Eine neue Sicherheitsstruktur?
- 20 Mag. Beate Wegscheider Europäisierung innerer Sicherheit
- 21 MMag. Klaudia Feurle Europäische Medien – Wunschdenken?

## 22 Österreich

- 22 Dr. Michael Spindelegger Eine EU-Strategie für den Donauraum
- 23 Johannes Langer Impulse um Krisen zu nutzen
- 24 Valerie Baldinger Braucht der Staat Religion?
- 25 Mag. Nadja Kwapil Kolumne: Lücken-Los

## 26 Kultur/Gesellschaft

- 26 Magdalena Reitbauer Papierhaus für Afrika
- 27 Mag. Louise Beltzung "A Rootless City of Rootless People"

## 28 AFA/ÖGAVN

- 28 Dr. Friedrich Schipper Kulturgüterschutz darf kein Zufall sein
- 29 UNIS 30 Jahre UNO in Wien
- 30 Mathias Steinhauser "UN-Sicherheitsrat" tagte in Wien
- 31 Johannes Langer People



Peacekeeping-Mission im Libanon verlängert ... Somalia: 1,4 Mio. Menschen auf der Flucht ... Ripert UN-Sonder-

## UN Vienna Focus

### Für eine Welt ohne Atomwaffen

Mit der Freilassung hundert weißer Tauben wurde am 7. August im Rahmen einer Veranstaltung im VIC den Opfern der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki gedacht. Neben dem Gedenken stand jedoch auch die Kampagne der UNO für eine atomwaffenfreie Welt im Mittelpunkt der Veranstaltung. "Wir müssen uns immer an die Geschichten der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki erinnern und alles dafür tun, dass etwas Ähnliches nie wieder geschieht", so Annika Thunborg, Sprecherin der Vorbereitungscommission für die Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO).

### 30 Jahre Vienna International Center

Das 30-jährige Bestehen der Wiener "UNO-City" wurde am 28. August mit einem großen Fest, das von der österreichischen Bundesregierung ausgerichtet wurde, im VIC gefeiert. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterstrich die Wichtigkeit des Standortes Wien für die Vereinten Nationen: Vor 30 Jahren erbaut, um eine Brücke zwischen Ost und West zu schlagen, sei das VIC heute eine der wichtigsten internationalen Institutionen im Zentrum eines wiedervereinten Europas. Die positive Arbeitsatmosphäre im VIC, die er als Botschafter der Republik Korea in Wien hautnah miterleben durfte, habe ihn am meisten beeindruckt, so Ban.



UN Photo / Devra Berkowitz

**Harper Boucher, Sonderbeauftragter der Interpol für die UNO, startete die "West Africa Coast Initiative", um Drogenschmuggel in Westafrika zu bekämpfen.**

sollen transnationale Spezialeinheiten gegründet werden – Netzwerke, in denen von der UNO ausgebildete Polizisten aus allen teilnehmenden Staaten zusammenarbeiten werden. Auf lange Sicht soll so ein erfolgreiches Vorgehen gegen organisiertes Verbrechen auch über Landesgrenzen hinaus ermöglicht werden.

## Mittwoch, 8. Juli 2009 Gemeinsam gegen das Verbrechen

Organisiertes Verbrechen und Schmuggel sind zwei der größten Probleme, mit denen viele westafrikanische Staaten zu kämpfen haben. Um effektiv gegen die Kriminalität in dieser Region vorgehen zu können, startete die UNO und Interpol eine Initiative, an der die Staaten Sierra Leone, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau und Liberia teilnehmen.

Das Gemeinschaftsprojekt dient vor allem dazu, Polizei und Justiz der Nationalstaaten zu stärken und ihre Arbeit effizienter zu gestalten. Außerdem



Flickr / Gustaf Wallen

**Die Hängenden Gärten von Babylon lassen sich nur mehr erahnen.**

Die Zerstörung Babylons begann jedoch nicht erst mit der US-Invasion: Bereits im 19. Jahrhundert wurden wichtige Schätze von Archäologen illegal weggeschafft und auch unter der Herrschaft Saddam Husseins wurden Teile Babylons zerstört. Laut UNESCO sei ein Großteil der antiken Überreste so auch der Landwirtschaft zum Opfer gefallen. Nach ausführlichen Restaurierungsarbeiten soll die 4.000 Jahre alte Grabungsstätte den Titel eines UNESCO-Weltkulturerbes bekommen. Nur dann kann Babylon auch in Zukunft vor Schäden und Zerstörung geschützt werden.

## Freitag, 31. Juli 2009 Babylon – Die Zukunft eines Weltwunders

Kurz nach Beginn der Invasion im Irak im Jahr 2003 wurden die Hängenden Gärten von Babylon, eine der wichtigsten Grabungsstätten der Welt, in das US-Militärcamp Alpha verwandelt. Die Nutzung von Babylon als Militärbasis führte jedoch zur weitgehenden Zerstörung dieses archäologischen Juwels, wie die UNESCO in einem ihrer aktuellen Reporte festhält.



UN Photo / Jenny Rockett

Für Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ist die UNO die einzige Institution, welche die Durchführung einer Reform der Weltwirtschaft überwachen sollte. Nur mit Hilfe der UNO könnte die Welt aus der Wirtschaftskrise geführt werden.



UN Photo / Jean-Marc Ferré

UN-Sonderberichterstatter Jorge Bustamante lobt die Anstrengungen des Senegal, die Rechte von Migranten besser zu schützen. Besonders die Offenheit, mit der Migranten aufgenommen werden, sei beeindruckend.



Flickr/ Exaurobi

**Zerstörte Gebäude gehören im Gaza-Streifen zum Alltag.**

Freitag, 14. August 2009

**Scharfe Kritik an Israels Vorgehen in Gaza**

Ein Report von Navi Pillay, des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, kritisiert Israels Vorgehen im Konflikt mit den Palästinensern scharf. Es gebe Beweise dafür, dass Israel bei der Invasion des Gaza-Streifens im Dezember des vergangenen bzw. im Januar dieses Jahres internationales Recht verletzt, sowie gegen zahlreiche Menschenrechte verstoßen habe.

Am schlimmsten sei jedoch, dass Rechtsverletzungen wie Folter oder die Einschränkung der freien Meinungsäußerung bzw. der Bewegungsfreiheit für den Staat Israel keinerlei Konsequenzen nach sich zogen. Pillay fordert deshalb unter anderem eine Untersuchung aller angeblichen Verletzungen von internationalem Recht und Menschenrechten im letzten Gaza-Krieg, die von unabhängigen Institutionen durchgeführt werden sollte. Die Opfer sollten anschließend vom Staat Israel entschädigt werden. Pillays Report wird bei der nächsten Sitzung des UN-Menschenrechtsrates diskutiert.



UN Photo / X

**Aborigines fühlen sich bis heute in Australien unterdrückt und wenden sich deshalb nun an die UNO.**

Mittwoch, 26. August 2009

**Wie Flüchtlinge im eigenen Land**

"We've got no say at all. We feel like an outcast in our community, refugees in our own country", sagt Richard Downs, Sprecher der Alywarra, eines 4.000 Menschen zählenden Aborigine-Volks aus Zentralaustralien. Die ehemalige konservative Regierung Australiens habe dieses Gefühl durch zahlreiche Maßnahmen verstärkt.

Aus diesem Grund wandten sich die Alywarra nun an James Anaya, UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte indigener Völker, und bitten die UNO in einem Brief, ihr Volk als Internally Displaced Persons (IDPs) einzustufen. Während seines zweiwöchigen Besuchs in Australien hat Anaya hunderte solcher Briefe von Aborigines erhalten. Ein Report des UN-Menschenrechtsrates soll nun folgen. Dass der amtierende australische Premier Kevin Rudd die Rechte der Aborigines zu einem seiner Hauptanliegen erklärt hat, lässt jedoch hoffen, dass sich ihre Situation auf lange Sicht verbessern wird.



UN Country Focus

**Afghanistan: Schutzlose Opfer**

In Afghanistan werden Opfer von Vergewaltigungen nicht vom Gesetz geschützt. Im Gegenteil: In vielen Gemeinden sind es die Opfer, nicht die Täter, die geächtet werden. Diese Kriminalisierung der Betroffenen stellt das größte Hindernis im Kampf gegen die Vergewaltigung dar, wie ein aktueller Report der UN Assistance Mission in Afghanistan festhält. Häufig komme es nach einer Vergewaltigung nicht einmal zur Anzeige. Deshalb sei es am wichtigsten, die Frauen im Kampf gegen die Gewalt nicht allein zu lassen, so Kai Eide, UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan.



UN Secretary General Corner

*"Young people often lead by example: practicing green and healthy lifestyles, or promoting innovative uses of new technologies. They deserve our full commitment and support. Sustainability is the most promising path forward, and youth can lead the way."*

United Nations Secretary-General Ban Ki-moon: Message on International Youth Day, 12 August 2009.



UN Photo / Mark Garten

Die USA wollen der Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der UNO wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Obwohl die UNO nicht perfekt sei, führe bei der Lösung von globalen Problemen kein Weg an ihr vorbei.



UN Photo / Olivier Chassot

Laut General Martin Agwai, ehemaliger Leiter der Peacekeeping Mission UNAMID in Darfur, ist der Krieg in dieser Region vorbei. Nur eine Rebellengruppe, das Justice and Equality Movement, stelle noch eine Gefahr für die Bevölkerung dar.

# Seal the Deal

Kyoto war gestern. Was bringt Kopenhagen? **Text** Katharina Keimelmayr

**Im Dezember 2009** findet in Kopenhagen der abschließende von sechs aufeinanderfolgenden UN-Klimagipfeln statt. Dort sollen die Verhandlungen über die Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll abgeschlossen werden, das mit 2012 ausläuft.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat dazu im Dezember 2008 auf der UN-Klimakonferenz in Poznan einen "Green New Deal" gefordert: sowohl globale Solidarität in dem gemeinsamen Bestreben den Klimawandel, als auch die Finanzkrise zu meistern. Investment in eine "grüne Zukunft" lautet die Zauberformel.

## Facts zum Kyoto-Protokoll:

- Das Kyoto-Protokoll wurde im Dezember 1997 als Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) zum Klimaschutz beschlossen. Es trat am 16. Februar 2005 in Kraft, mit dem Ziel, den Ausstoß an Treibhausgasen in die Atmosphäre zu stabilisieren, was als Hauptursache der globalen Erwärmung gilt.
- Es beinhaltet verpflichtende Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen für 37 Industriestaaten und die EU. Mit flexiblen Mechanismen, genannt Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung oder "Clean development mechanism" (Gemeinsame Umsetzung und Emissionsrechtehandel), sollen diese Ziele erreicht werden können. Die erste Berichtsperiode endet mit 2012.
- Bisher haben 184 Länder das Kyoto-Protokoll ratifiziert.

Weitere Informationen:

- <http://www.un.org/climatechange/background>
- [http://unfccc.int/kyoto\\_protocol/](http://unfccc.int/kyoto_protocol/)

## Neues Abkommen nötig?

Die Emissionsreduktionsziele unter Kyoto gelten nur für eine Anzahl an Industriestaaten und decken damit nur einen Bruchteil der gesamten Emissionen ab. Das Kyoto-Protokoll gibt unterschiedliche Ziele für Industrie- und Schwellenländer vor: Die Industriestaaten müssen ihre Treibhausgasemissionen um durchschnittlich 5% auf das Niveau von 1990 innerhalb der Periode 2008-2012 reduzieren.

Die Vorgaben für die fortgeschrittenen Schwellenländer hingegen sind weicher definiert. Sie beinhalten etwa das Vorantreiben des Transfers klimafreundlicher Technologien oder die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Erreichung ihrer Ziele.

Solange aber nur die Industriestaaten ihre Emissionen kürzen, wird diese Reduktion durch die steigenden Emissionen der Schwellen- und

Entwicklungsländer wieder wettgemacht und in Summe keine Verringerung erzielt. Das Folgeabkommen für die Periode nach 2012 muss daher auch die steigenden Emissionen der großen Schwellenländer berücksichtigen.

## Kampf um Emissionen

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde im Rahmen des G8-Gipfels im Juli 2009 in L'Aquila gesetzt: Die G8-Staaten verpflichteten sich, die Klimaerwärmung auf maximal 2°C zu beschränken, und die Emissionen der Industrieländer bis 2050 um 80% zu reduzieren.

Dort zeichnete sich bereits die Herausforderung für die Konferenz im Dezember ab: Welchen Beitrag werden die Schwellenländer in Zukunft zum Klimaschutz leisten? Im Rahmen des parallel in L'Aquila stattfindenden Major Economies Forum schlossen sich die G5 (China, Indien, Brasilien, Mexiko und

## Die Verschmutzung der Umwelt hat drastische Auswirkungen auf das Klima.



Flickr / Freakdog



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon mit New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg bei der Eröffnung der "Climate Week" in New York City. Ein kleiner Beitrag zu einem erfolgreichen Abschluss von Kopenhagen im Dezember 2009.

Südafrika) dem Ziel der maximalen Erwärmung von 2°C an.

Es zeigte sich auch, dass ihre Ansichten darüber divergieren, inwieweit sie ihre Emissionen künftig einschränken sollen. Indien, China und Brasilien wollen ihre Emissionen nicht kürzen, um die Industrialisierung weiter vorantreiben zu können und erwarten sich zuerst starke Kürzungen von den ursprünglichen Verursachern. Aus ihrer Sicht ist das Kyoto-Protokoll ausreichend, beinhaltet dieses eben keine verpflichtenden Emissionsreduktionsziele für die Schwellenländer.

### Emissions-Schwergewichte

Bei den verschiedenen Gesprächen zwischen den zwei größten Verursachern der Klimaerwärmung, China und den USA, zum Thema Klimaschutz hat sich gezeigt, dass China wohl in Zukunft der kritischste Verhandlungspartner sein wird. Bereits 2007 hat das Land die USA in punkto Emissionen überholt.

Dennoch herrsche im Volk bei vielen die Meinung, dass die Länder mit den ursprünglich größten Ausstößen an klimaschädlichen Treibhausgasen zuerst dafür bezahlen sollten, so Zha Daojiong, ein Energiesicherheits-Experte an der Universität Peking im *Economist*.

Auch der neue Gesetzesentwurf zum Emissionsrechtshandel der USA erfreut die Chinesen nicht. Dieser soll erlauben, Zölle auf Produkte

zu erheben, die aus Ländern stammen, die ihre Emissionen nicht kontrollieren. Diese protektionistisch geartete Maßnahme wird mit den dadurch entstehenden niedrigeren Produktionskosten argumentiert, die einer Exportförderung gleichkommen.

Peking hat sich bis jetzt zu keiner offiziellen nationalen Regelung der Emissionskürzung durchringen können. Trotz mehrmaliger Gespräche konnten China und die USA zu keinen wesentlichen Ergebnissen kommen.

Abzuwarten bleibt aber auch die Position der USA. Ohne selbst das Kyoto-Protokoll ratifiziert zu haben, stellt sich die Frage: Wie soll es ein noch fordernderer Aufgabenkatalog schaffen? Zwar hat Obama sich klar zum Klimaschutz bekannt und als ersten Schritt auch bereits einen Gesetzesentwurf zum Emissionsrechtshandel vorgelegt. Ob dieser aber noch rechtzeitig vor Kopenhagen vom US-Senat bestätigt werden wird, ist fraglich.

### Leadership gefragt

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigte sich vom Beschluss der G8-Staaten in L'Aquila erfreut. Allerdings bemängelte er das Fehlen von Referenzwerten und vor allem von ehrgeizigen mittelfristigen Zielen, wie die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geforderte Reduktion von 25-40% der Emissionen auf ein Niveau vor 1990 bis 2020.

China fordert er klar dazu auf, eine seiner Position gerechte Rolle einzunehmen und ein Vorbild für andere Schwellen- und Entwicklungsländer zu sein. "Ohne China wird es heuer keine neue globale Klimaregelung geben. Aber mit China stehen die Chancen gut, in Kopenhagen ein Abkommen abzuschließen", sagte er anlässlich des Starts des "Green Lights" Programms in Peking Ende Juli 2009.

Ban lobte die Pläne für ein gemeinsames Clean Energy Forschungszentrum mit den USA und rief dazu auf, Kooperationen über gemeinsame grüne Technologien als wichtigen Bestandteil in ein zukünftiges Abkommen zu integrieren.

Die Vision des Green New Deals scheint etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Mit der Finanzkrise wurde der Klimawandel im medialen Bewusstsein eher in den Hintergrund gedrängt bzw. mehr nach Verursachern gesucht, als nach übergreifenden Lösungsansätzen. Doch nach jeder wirtschaftlichen Krise geht es wieder aufwärts: Klimaänderungen sind irreversibel. <<

### Seal the Deal:

Jede Stimme zählt: Politische Verhandlungen sind eine Sache. Öffentlicher Druck eine andere. Jeder, der mit seiner Stimme einen erfolgreichen Abschluss der Kopenhagen Konferenz unterstützen möchte, kann dies auf der Webpage der UN-systemweiten Unterstützungskampagne machen:

<http://www.sealthedeal.org>

# Children: Soldiers and Wives

Using children as soldiers in hostilities or taking young girls as "bush wives" is a phenomenon that continues to confront the modern world, but one that is, at last, being addressed through international justice.

**Text** Renate Winter

**I am not going to** tell you about the cases I have dealt with where children have been ripped from the arms of their families and homes, given drugs and firearms, and turned into unconscionable ruthless killers, feared by all as child soldiers.

Instead, I am going to ask you to imagine that it was your child that was the victim of such behavior. I am asking you to imagine this not only as a mother or father or family member, but as a caring human being. I am not going to go into the reasons why children are conscripted as they are too many and varied.

For the purposes of envisaging the impact of this kind of brutal behavior, I ask you simply to imagine that on one earth-shattering day, the typical routine of your daily life is forever disrupted when an armed group enters your home and takes away the child that you have nurtured, nourished and loved. You have no way of knowing whether you will ever see your child again; and even when you do, that child will have been forever changed by the atrocities he or she has been forced to commit.

## Child Soldiers: A Legal Response?

What can you do? In many parts of the world, you have no legal redress. No one is fighting your corner. No one knows how to help you. You simply have to go on with your life mourning the loss of your child; and if your child survives, he or she will mourn the loss of their childhood and be visited by nightmares for the rest of their lives.

International law is starting to provide a response and some tools for change. For decades there have been international instruments to protect children from conscription, enlistment and use in armed conflict, but the practice has persisted. In recent years, however, these prohibitions have been put into



The Special Court for Sierra Leone was set up in 2002 to investigate the crimes during the civil war of Sierra Leone committed after 30 November 1996.

operation at international criminal tribunals – at the Special Court for Sierra Leone (SCSL) and the International Criminal Court (ICC).

International criminalization of the recruitment and use of children in armed conflict has been welcomed as a serious step in the right direction in the fight against impunity for this practice. Domestic prosecutions will need to follow in order for this criminal prohibition to become the norm in state practice.

## Prosecuting the Perpetrators

As Radhika Coomaraswamy, the UN appointed Special Representative for Children and Armed Conflict, has stated: "It is clear from the analysis of root causes that the leadership of the armed group is a key factor in the recruitment of children. Therefore the fight against impunity, holding these leaders accountable, and deterring them from future action must continue [...] It is the decision of armed actors to recruit or enlist these children that is the final marker and unless they are taken to task there will be

no possibility of dealing with this issue in a comprehensive way."

The Rome Statute of the ICC was the first to criminalize recruitment and use of child soldiers. The SCSL – a UN backed tribunal set up to prosecute and bring to trial those bearing the greatest responsibility for the commission of war crimes during the decade long civil war in Sierra Leone – included the crime as well in its Statute.

The SCSL has completed three cases with charges of recruitment and use of child soldiers and to date six individuals have been convicted of this crime. Three of the convictions are on appeal and three of them are final and the guilty persons are serving lengthy sentences for their crimes.

Again I quote Ms. Coomaraswamy, "The fight against impunity at the international level is at its nascent stage and serves as a signal that this crime will no longer be tolerated. To be truly effective, there must be action at the national level. National legislation, national

prosecutions and national systems to prevent recruitment must be set up if the struggle against the recruitment and use of child soldiers is to be sustainable. Building national capacity to do that is one of the most important challenges of the next few years."

### Forced Marriages – "Bush Wives"

Astonishingly brutal and large-scale crimes were committed against civilians during the decade long conflict in Sierra Leone, and hundreds of thousands of women and girls were targeted for violence specifically on the basis of their gender. They were the victims of crimes such as rape, sexual violence, sexual slavery and forced marriage.

The term "bush wife" is used in connection with the crimes committed against women and girls, and it conjures up a startling picture of callous depravity. Forced marriages are a pervasive feature of armed conflicts and occurred on a great scale in Sierra Leone where thousands of women and young girls were forcibly abducted by armed rebels to be "bush wives". Some girls were under 13 years of age when they were taken from their homes and families without consent and viciously raped by armed men.

### "Bush Wives": A Legal Response?

Bush wives had no rights and they had no choice. The practice of "giving" a woman or girl to a man was a common way of rewarding commanders or other members of all fighting groups active during the conflict. Such forced marriage almost always involved rape and non-consensual sex, but it involved other

things – an exclusive relationship under the control of a man, a demand that the "wife" provides household services, travels with the man, and takes care of all his domestic needs. Attempts of escape could lead to a "wife's" death at worse, or a severe beating at least.

The Appeals Chamber of the SCSL found that forced marriage is a distinct and separate crime against humanity. It held that: "[...] 'forced marriage' involves a perpetrator compelling a person by force or threat of force, through the words or conduct of the perpetrator or those associated with him, into a forced conjugal association with another person resulting in great suffering, or serious physical or mental injury on the part of the victim. [...] 'forced marriage' implies a relationship of exclusivity between the 'husband' and 'wife', which could lead to disciplinary consequences for breach of this exclusive arrangement."

Recognizing forced marriages as a crime is a step forward in international law and future indictments against perpetrators will affirm forced marriage as an international crime in international law. The decision of the Appeals Chamber of the SCSL paves the way for similar charges in other conflicts in other regions of the world where the use of bush wives in ongoing disputes has been documented.

For those who had been subjected to this repugnant practice however, their suffering goes on.

### "Bush Wives": After the War

At the end of a conflict, the former "bush wives" remain victims. The main challenge

they face is dealing with the stigma attached to them. Even after the horrors of the war they face the judgment of the community and many are ostracized and forced to live as social outcasts.

Many find themselves rejected and driven out by their own parents. Many became pregnant during the war – the fathers often being boys or young men who themselves were captured by the rebels and forced to fight. The children of "bush wives" are also victims – they have no place in society, no community support or extended family network.

And the women? Too many of the former "bush wives" are forced to turn to a life of prostitution in order to survive. Their suffering is too cruel to imagine.

### What Needs to be Done?

I am proud to have been a part of the judicial proceedings undertaken by the SCSL that resulted in the first convictions in history for the recruitment and use of child soldiers as a war crime, and the first convictions for forced marriage as crimes against humanity.

I hope this will encourage the wider community to see the wrong in continuing to accept the conscription of children as soldiers or the forced marriages of girls and young women during hostilities. Without their commitment, and without the condemnation of this behavior through national legislation, many more of the youth of our world could be subjected to such cruelty. <<

Happy faces of children were during the time of civil war in Sierra Leone a rare picture. Often, they were misused as soldiers and "wives".



# No Peace for Sri Lanka's Displaced

Three months after the military defeat of the Tamil Tigers, 280,000 surviving Tamil civilians still languish in IDP camps run by the Sri Lankan Army. **Text** Augustin Nicolescou

**S**ri Lanka has the power to evoke images of an earthly paradise. Over the past decades, however, the images of Sri Lanka have been increasingly of war, bombings and IDP camps. Most recent are the images of the violent end to the war between the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) and the Sri Lankan military.

For months, over 300,000 Tamil civilians were caught in the crossfire. Young and old, women and men alike were forced to move again and again with the retreating LTTE. They became a human shield and recruitment pool of last resort. It is difficult to know how many civilians were killed since the start of 2009 until the war's end, as independent monitors and journalists were denied access, but estimates vary from 10,000 to 40,000.

In the final days, casualties increased significantly. Civilians found themselves on a small strip of land along the Indian Ocean, caught between the LTTE and advancing Army divisions. Constant army shelling meant that searching for food and water was a life-endangering endeavor, while the LTTE continued to prevent civilians from fleeing. The

IDPs in the "Manik Farm Camp" in Vavuniya, Sri Lanka, wait for a visit of the UN Secretary General Ban Ki-moon in end of May 2009. They hope for a better future.



UN Photo / Eskinder Debebe

few remaining doctors gave reports of severe casualties and appalling conditions.

The bloodshed had been foreseeable for months, yet in the end, the norm of Responsibility to Protect was overruled and ineffective in face of Sri Lanka's strong backing from BRIC and many Non-Aligned countries, rallied in the name of sovereignty, anti-neocolonialism and anti-terrorism.

## A New Ordeal for Survivors

After months of repeated displacement, misery, of being subject to the general brutality and inhumanity of war, some 280,000 managed to survive. But they now find themselves in a continuing ordeal. They were placed immediately in army controlled "welfare camps" from which they have still not been allowed to leave.

After the trauma of war, they are now faced with internment. Many families were separated on arrival to the camps, and have yet to be reunited. There are reports that several thousands have disappeared, and no clear records exist of where they are now.

Despite improvement efforts, conditions remain harsh. Any resemblance to normal life is elusive in the camps. Facilities remain inadequate, with limited access to water sanitation, health care, education, and little communication with the outside world. Access by international organizations and NGOs is restricted. Only a few national NGOs have been selected to provide most services. Making things worse, recent rains have caused severe flooding in many of the camps.

## Alternatives

By any measure, the camps are an enormous undertaking. But the question is whether the added suffering they cause is necessary. The government's argument, that mined areas in the North justify the measure, rings hollow. The costs in terms of continued dissatisfaction among Tamils, and the sheer financial cost of maintaining the camps, are distractions from the pressing needs of post-war Sri Lanka.

The intransigence of the LTTE, which sacrificed the lives and wellbeing of so many for its vision of independence, will not be soon forgotten. But neither will the unjustified internment of the surviving civilians. Militant Tamil movements emerged only after decades of failure by the central government to address the needs and rights of the Tamils.

The government has an opportunity to turn the page, and begin a new era of cooperation and compassion. This means letting the IDPs out of the camps and engaging in a dialog with the Tamil community. To fail to do so means sowing the seeds for a renewed violent conflict in the future. <<

# Curing Extremism the Yemenite Way

While Western countries hunted, tortured and killed Muslim militants all over the world, a Yemenite scholar stepped forward with a dazzling new strategy: dialogue. **Text** Martin Meißnitzer

**T**orn apart by abductions of foreigners, terrorist attacks on foreign vessels, tribal conflicts and secessionist movements, Yemen was about to turn into a breeding ground for Muslim extremism. In the aftermath of 9/11 the risk of becoming the next target in the infamous War on Terror was on the rise.

Thus, the Yemenite government decided to launch a major crackdown on renowned extremists and former mujahedeen, arresting hundreds of individuals without criminal charges, warrants and without granting access to legal counseling. Although Yemen eventually managed to gain Washington's benevolence, the inconsiderate and open breach of human rights alienated a fair amount of its own people from the government's policies and created even more instability.

## Peace through Understanding

In 2002, following the proposal of Hamood al-Hitar, a religious scholar and judge at the Supreme Court, the President Ali Abdullah Saleh installed a Religious Dialogue Committee (RDC) as the core institution of his new counter-terrorism strategy. The Yemenite approach started with a dialogue between a group of religious scholars led by al-Hitar and the detainees based on mutual acceptance and respect that aimed on correcting their erroneous beliefs.

The objective was a deliberate and unbiased argument over key-concepts of Islamic doctrine. Based exclusively on the Quran and the Sunnah the participants dealt with the concept of Jihad, the status of non-Muslims and the use of force, as well as respect for the constitution and state authorities.

The deal was simple: "If you can convince us that your ideas are justified by the Quran, then we will join you in your struggle," al-Hitar told the militants. "But if we succeed in convincing you of our ideas, then you must

agree to renounce violence." Whenever a participant showed some progress, he was granted freedom and a small amount of money to restart his civil life.

## Doomed to Fail?

Until June 2005, 364 detainees were released after being allegedly "turned around" by the overwhelming theological expertise of al-Hitar and his fellow scholars. The program attracted international attention and al-Hitar was invited to the UK, France and Egypt to speak about his counter-terrorism vision.

However, the program was halted in 2005 when two of its graduates were captured fighting the American troops in Iraq. Critics stressed that most of the detainees were kept without any criminal charges. There could never be a true dialogue between an innocent detainee deprived of his basic rights and a scholar deciding his destiny.

## Picking up the Pieces

This open breach of the Yemeni constitution, legitimized by the "special circumstances" undermined the credibility of the scholars appearing as mere enforcers of the governments viewpoint. Moreover, the prospect of being released led many militants to fake repentance and deny their true beliefs.

Clearly, the early wave of enthusiasm for al-Hitar's program was misplaced and high expectations utterly disappointed due to a significant number of recidivism. Nevertheless, the RDC was an effort to deal with immediate threats of extremism while keeping an eye on a long-lasting strategy when Western countries were still torturing enemy combatants in Abu Ghraib and Guantanamo.

The last years showed painfully that repression is not an efficient way to challenge modern Muslim extremism. Despite their eventual failure, al-Hitar's "theological duels" must not be forgotten in order to defend visionary approaches in the future, when sound arguments might be needed to do so. <<

24. Juni 2009 bis 21. Februar 2010

Bulgarien im Ersten Weltkrieg

## Der unbekannteste Verbündete

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM  
1030 Wien · Arsenal · Täglich 9 bis 17 Uhr · [www.hgm.or.at](http://www.hgm.or.at)

Bulgarisches Forschungsinstitut in Österreich

WIENER ZEITUNG

www.bmlvs.gv.at

ÖSTERREICH & HILFE

# The River Nile – A Salty Affair

Facing a growing population and the Nile showing signs of over-exploitation, Egypt ought to ask how much burden can be placed on the "holy river". **Text** Thomas Obersteiner

**I** have worked in Egypt for the past 13 years, as a consultant and as a manager of my own flower farm", says Dr. Kelly Harrison, a US agricultural economist. Needless to say that he has quite a few stories to tell, both interesting and alarming at the same time. What concerns him most these days is the absence of a sustainable strategy for agriculture in Egypt. For thousands of years, the people along the Nile have been depended on and benefited from the water that comes down the vital river.

Over the years, the Egyptians have created a fabulous system of irrigation canals to make the desert land outside the Nile valley available for cultivation. These so-called "New Lands" provide for the food supply that is needed to feed a population growing at almost 2% a year.

## The Salinization Issue

However, contrary to what most Egyptians like to believe, the expansion of arable land

and the increasing consumption of water is not without consequences. "The biggest threat to farm production in Egypt is the growing salinity of the soil", reckons Mr Harrison. This means that the proportion of minerals and salts in the soil has reached a level where certain crops cannot be grown anymore.

Salinization is a result of wrongful irrigation methods and inefficient use of water. In Egypt, the water from the Nile flows into canals, is then put on the soil, leeches through the soil, goes into drainage stations, flows back into the canal and finally back into the Nile. Later on, it is picked up again downstream.

This recycling of the water might appear efficient but it has a harmful drawback. On its way to the Mediterranean, the water collects all types of chemicals, fertilizers and pesticides that are applied to the crops. In the northern parts of the Nile the soil has already become so saline and polluted that only very

salt-tolerant crops can be grown, e.g. rice. Hence, Egypt has turned from a net importer of rice to a net exporter in recent years. A crisis point has not yet been reached, but with advancing salinization, eventually nothing will grow in the salty soil any more.

This development is by far not a unique one. The accumulation of salts in combination with a lack of fresh water to leech the salt out is the biggest threat to arable land on earth and similar problems in the Jordan valley should constitute a cautionary tale to Egypt.

Nevertheless, Mr Harrison thinks that Egyptian policy makers are sweeping the issue under the table and that the general population does not register the creeping pollution. "There are some local projects but no national strategy to prevent fertile land from eventually becoming abandoned", he adds.

## Potential Counter Strategies

Fortunately, salinization is not unstoppable. The natural way to remove it would be to put fresh water on the soil and wash the salt out of the root zone. In case fresh water is limited, other options available are filtration processes or triple irrigation systems, both of which could slow down salinization.

Mr Harrison argues for organic farming as a counter measure, since reducing the amount of chemicals put on the soil would get down to the root of the problem. "Egypt has seen a movement of organic farming recently and a new private company dealing exclusively with organic products has so far been very successful", he reports.

The bottom line, however, is that a national strategy will be needed to prepare for potential water shortages and to curb salinization before more vital land is lost. <<

The Nile brings fertility to Egypt – but salinization threatens the production of crops.



# Botswana: Leading the Way

Along with historical neglect, diamonds, and democracy, the fusion of traditional law into the modern legal system contributes to the success of Botswana as a stable African nation.

**Text** Sapphire Diamant-Rink

**A**s an American law student, I was fortunate enough to complete a two month internship at the High Court of Botswana in Lobatse. I witnessed firsthand how the legal system functions, while researching and studying the history and culture of Botswana. I was curious as to why Botswana has become one of the most successful countries in Africa, and set out to find an explanation.

## Bechuanaland: A Diamond in the Rough

A variety of factors have come together to make Botswana one of the most successful countries in Africa. During the colonial period, Britain's attitude toward the Bechuanaland protectorate, which is now Botswana, has been described as one of benign neglect. A lack of valuable resources in the protectorate meant that the British refrained from much interference in tribal governance. However, this also meant that the infrastructure of the country – roads, schools, clinics, and businesses – was sorely lacking at independence in 1966.

Talented leadership, including Sir Seretse Khama, in the first years of independence turned this blank canvas into a functioning bureaucratic state. The new leaders of the country after independence were able to build the infrastructure of the state due to the post-independence discovery of diamonds, which are now Botswana's greatest source of income.

## Fusion: Traditional and Modern Law

This history of colonial non-interference is also reflected in the legacy of the dual legal system that still exists in Botswana. There are two court systems, one following Roman-Dutch law, and traditional courts which follow customary law. Through this parallel judicial system, the state merged the rules

of traditional society with those of the modern constitutional system.

The traditional institution of the *kgotla*, or customary court, has preserved the traditional laws of the Batswana rather than displacing those laws, and hence has contributed to social stability in the country. The *kgotla* was traditionally where the chief promulgated laws and the adult male members of the community were able to express their views and debate the merits of proposed actions.

**Botswana's judicial system is an example of success – thanks to a dual legal system that includes traditional law.**



Flickr / Geothref

I was able to study and apply customary law during my internship, and found it to be a fascinating exercise. Despite the added stability and preservation of culture that the customary courts offer, one must also consider the negative aspects of the traditional law, such as the entrenched inferiority of women, the absence of legal representation, and the lack of relevance to aspects of modern life in Botswana.

While at the High Court, I interviewed two of the Judges as to how the legal system has contributed to the stability of the country. When asked this specific question, one judge answered that there is a "strong belief in the rule of law and adherence to the rule of law". Also, "the judiciary is highly regarded as a third limb of government, and the independence of the judiciary is enforced and appreciated at all levels".

The other judge answered that the Constitution of Botswana put "in place a legal framework that entrenched fundamental human rights, no person is above the law [...] the rule of law is obeyed, and whenever powerful state organs are found to have breached the law, courts have issued orders which were obeyed [...] Peace, stability, progress, in this republic, the judiciary and the legal framework is the guardian and has contributed immensely."

## On the Horizon

Botswana has made stunning progress since independence, however, it is faced with daunting challenges. The HIV/AIDS pandemic, scarcity of water, and the vast distances that separate populations within the state are threatening the level of stability so far enjoyed by Botswana. Despite these challenges, Botswana appears to have a bright future. The legal system will be instrumental in sustaining this success. <<

# Neighbours, Indeed!

The European Union cannot pretend to possess the title of a world empire, until it does not go beyond the borders of the fortress of Europe. **Text** Anita Sek

**T**hrough a new concept of creating the European Neighbourhood Policy (ENP) the EU tries to take its responsibility for the continental, and following global, affairs.

## On the Frames of Europe

The European Community's cooperation with third countries began in 1970. However, it was not until the year 2002, when the European Commission proposed a program directed to the closest vicinity – the New Neighbourhood Initiative. Implemented as the European Neighbourhood Policy in 2004, it has developed different regional dimensions: the Mediterranean, the Northern Dimension, the Black Sea Synergy and the Eastern Partnership (EaP).

The EaP is based on the Polish-Swedish initiative from May 2008 directed towards Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova, Ukraine and, after further steps in democratic reforms, Belarus. The EaP is open also to the Russian Federation, to the extent that it is interested in joining it. Russia, however, refused to join the ENP arguing that it is an equal partner with the EU as a whole.

## (Why) Do We Need the EaP?

There is a need to strengthen the European offer in the Eastern direction. This is not only in order to prevent the recovery of Russian rule in this territory. It is actually already happening, with the to-imperialistic-times-referring national nostalgia. Examples are the Russian-Georgian war a year ago, the gas crisis with Ukraine half a year ago, or lately the setting up of the "Commission to prevent the falsification of history against the Russian Federation".

A close partnership between the EU and post-Soviet countries could improve the balance of power on the continent. The EaP has a chance to go beyond the current ENP. It can



Photo: Anita Sek

The recently established Eastern Partnership of the EU is including the countries of the Southern Caucasus and should guide them closer to the Union.

confirm, on the one hand, the differentiation principle towards relevant neighbours, in line with the ENP assumptions. On the other hand, it builds horizontal links between these neighbors and the EU. In this way, the development of the civilian security aspect – soft power – seems to be a new way of forming external relations, which has gained the EU trust of the international politics' actors. "This is not philanthropy. It is 21<sup>st</sup> century European foreign policy", said the Commissioner for External Relations and the ENP, Benita Ferrero-Waldner, in February 2009.

The quick development of the EaP was interrupted by the peak of the financial crisis, which meant a dramatical cut of the programs' budget. In the current situation, many of the EU members prefer to spend their money domestically rather than helping out underdeveloped industries of Eastern Europe and the Caucasus.

They seem to forget however that solidarity pays off – the opening of the markets, closer trade relations, financial stability, energy se-

curity strategy, administrative reforms, sustainable development policy and, last but not least, strengthening of the civil societies, in the frame of the Platform four: people to people contacts could bring long term benefits to the whole EU. Nonetheless, 600 million EUR for the years 2010-2013 must be enough – which gives only 1.6 USD per EaP's citizen annually.

## Are We Really Neighbours?

The world is getting closer. Following the concept of Francis Fukuyama, Robert O'Brian calls this phenomenon "The End of Geography" – both physical and mental borders between countries should not be important any longer. Jean Monnet once said: "Showing, how through federal institutions it is possible to integrate highly developed countries, the European Community could be an example of how to build a better and safer world." It seems that with the new differentiated ENP, presented with the EaP, as Luxembourgian President Jacques Poos in 1991 predicted: "Europe – can fully enter its hour." <<

# Doing by Learning: Meet the Roma!

For centuries, the Roma have been excluded and misunderstood. The "Roma Decade" aims to address this issue. An important means for improvement is to learn more about the Roma outlook on life.

**Text** Carl Ekström

**I**magine that you have never gone to school. Or that your mother or father needs urgent medical care, but when you call for an ambulance, you are told that it does not go to the area where you live. Or imagine coming to your senses after having given birth, only to find that doctors have sterilised you without your consent. If you are one of the 10 million Roma in Europe, the chance is significant that you will have experienced several of these, and many other, human rights violations.

## A History of Discrimination

Roma have been exposed to violence since arriving in Europe from India in the 14<sup>th</sup> century. During World War II, almost one million Roma were killed in the Roma genocide, called Samudaripén ("murder of everyone"), which has gone relatively unnoticed in non-Roma society. Today Roma suffer heavily in all sectors of life. Their life expectancy is twelve years below the general average. Their settlements, which are often undignified slums, are targeted by pogroms tacitly supported by the local authorities.

The situation is worse in parts of Central and Eastern Europe (CEE), but not good in Western Europe either. An illustrative example occurred recently, when a mayor in a town in France staged the burning of abandoned Roma caravans, cheered on by locals. This is reminiscent of the darkest hours in Europe's history.

## The Roma Decade

It is against this back-drop that the World Bank, the Open Society Institute, the Council of Europe and other actors have launched the "Decade of Roma Inclusion 2005–2015". Its purpose is to promote the social inclusion of Roma, committing states to address poverty and discrimination. Twelve CEE countries and Spain take part in the project. Slovenia has observer status.

Each country has developed a national Action Plan specifying goals and indicators. Steering committees coordinate the exchange of best practices and organise workshops and thematic bilateral visits, such as between Croatia and Hungary on housing. The NGO "Decade Watch" monitors the project and publishes a ranking on which the countries' progress is compared. Decade Watch has seen positive results, but a great deal of work still remains.

## So What Can I Do?

In order to improve the lives of Roma, many different stakeholders have to pull in the same direction: national and local authorities, international actors, civil society and the individual citizen. In order to ensure inclusion and quality, all action must be based on consultation with the Roma themselves. It is crucial that Roma tradition and lifestyle are respected and that inclusion is not achieved solely on conditions set by the non-Roma society. On the labour market and in education, a reasonable degree of positive action is required. Roma mediators for Roma and non-Roma, notably in the fields of health care and education,

## Further information

The word "Roma" in this article covers also other groups, such as Sinti, Kale, Gypsies or Travellers.

A longer version of this article can be found on the blog of GLOBAL VIEW:  
<http://globalviewmagazine.wordpress.com/2009/09/27/doing-by-learning>

Online: <http://www.romadecade.org>  
<http://www.decadewatch.org>  
<http://www.dosta.org>

should be put in place. Life on the road should be facilitated for the 10% of the Roma that are still travelling.

The most important responsibility, but simultaneously the greatest opportunity for change, lies with the individual. Learning more about the Roma and their culture allows oneself to overcome stereotypes. Moreover, an appreciation of the Roma outlook on life helps not only to defeat prejudice, but may also contribute to putting one's own life and society, and some of the dogma on which they are built, into perspective. <<

**Roma are sometimes described as Europe's forgotten people. More education is needed to enhance mutual understanding.**



# Grönland: Ohne Blut und Eisen

Grönland kann aufgrund guter Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht Dänemark sowie kultureller und ethnischer Homogenität der Bevölkerung ein erstaunlich friedliches Nation-Building aufzeigen. **Text** Marcus Carlsen Häggrot

**F**or nationbuilding to work, some harsh compromises are necessary – including military coercion." Dieses Zitat von Marina Ottaway von Carnegie Endowment for International Peace illustriert die weit verbreitete Vorstellung, dass Nation-Building eine blutige Angelegenheit sei. Dass dies nicht zwangsläufig der Fall ist, belegt der Fall Grönlands.

Die Entkolonialisierung, der Bildungsprozess des modernen Grönland und dessen Autonomie von Dänemark sind erstaunlich friedlich verlaufen. Woran liegt das? Was ist das Geheimnis?

## Entgegenkommender Kolonisator

Die Friedlichkeit des grönländischen Nation-Buildings beruht weniger auf einem wohl gehüteten Geheimnis, als auf einem Zusammenkommen mehrerer glücklicher Umstände. So muss der Kolonialmacht Dänemark eine historisch wohlwollende Haltung gegenüber den Grönländern zugute gehalten werden.

Bis in die 1950er hinein versuchte der dänische Staat gezielt, die Grönländer vor einer allzu zügigen und einer befürchtet fatalen Modernisierung zu schützen. Ein solcher Paternalismus ist problematisch, doch zeugt er von einem Minimum an gutem Willen. Diese "Tradition guten Willens" setzt sich in der Zusage des dänischen

Premiers Fogh Rasmussen fort, Grönland könne die Unabhängigkeit haben, sobald sich die Grönländer sich dafür entscheiden. Solch eine entgegenkommende Haltung des Kolonisators beugt einem blutigen Unabhängigkeitskampf vor.

## Homogene Bevölkerung

Auf Seiten der Grönländer hemmen zwei Faktoren interne Gewalt. Zum einen ist die Bevölkerung Grönlands ethnisch und kulturell sehr homogen. Das Konfliktpotential, das einen Zerfall der Gesellschaft in verschiedene ethnisch-kulturelle Gruppen mit sich bringt, ist somit gering. Vielmehr erfolgt eine Identifikation der gesamten Bevölkerung in neue nationale Symbole, dadurch können nationalistische Energien kanalisiert werden.

Die Wiedereinführung der grönländischen Sprache, die in den 1960ern und 1970ern dem Dänisch weichen musste, ist dafür das beste Beispiel. Aber auch die Wandlung von traditionellen, einst rückständig angesehenen Produkten, wie Robbenpelz oder -fleisch, in prestigevolle Statusobjekte, zeugt von diesem Phänomen.

Jedoch ist die grönländische Gesellschaft ethnisch stark durchmischt. Kolonisatoren und Walfänger haben sich die letzten Jahrhunderte mit den Einheimischen vermischt. Ein grönländischer Fischer erzählte mir, dass sei-

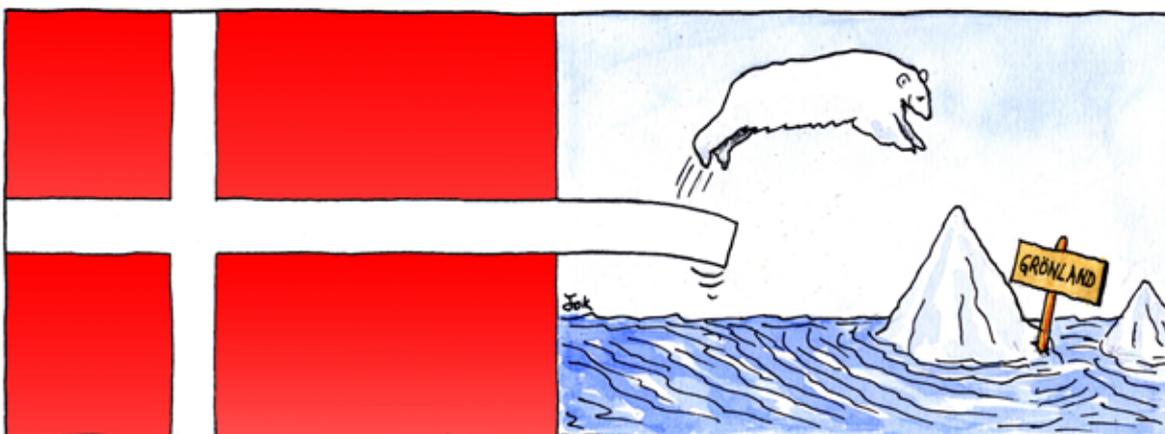
ne Mutter einen dänischen Vater hatte, und dass ihre fünf Kinder wiederum alle von einem anderen dänischen Vater seien.

Was auf Familienebene erhebliche Probleme bedeutet, kann auf Ebene der Gesellschaft ein stabilisierendes Element sein: Es macht keinen Sinn, von "echten" und "falschen" Grönländern zu sprechen – eine Teilung der Gesellschaft nach ethnischen Grenzen wird schlicht unmöglich.

## Friedliche politische Kultur

Zudem sollte nicht unterschätzt werden, was ein seit Langem auf Grönland lebender Däne mir erzählte: "Hier hat es niemals Krieg gegeben. Grönland kennt keine organisierte Gewalt. Die Gewalt, die es hier gibt und gegeben hat, ist spontan und begrenzt." Das historische Fehlen organisierter Kriminalität in der grönländischen Gesellschaft ist wohl nicht eine endgültige Erklärung. Es scheint aber angemessen, anzunehmen, dass dieser Umstand positiv auf die politische Kultur Grönlands wirkt.

Wenn heute eine Bilanz des grönländischen Nation-Buildings gezogen wird, ist diese aufgrund der genannten Faktoren unumstritten positiv. Sie ist jedoch nur vorläufig. Noch muss die Bevölkerung der größten Insel der Welt zeigen, dass sie in der Lage ist, den Schritt in die volle Unabhängigkeit zu tun.



Das erfordert vor allem die Entwicklung finanzieller Unabhängigkeit. Gelingt es Grönland sich von den etwa 300 Mio. EUR, die jährlich vom dänischen Staat an Grönland fließen, zu lösen, kann von einem wahrhaft gelungenen Nation-Building gesprochen werden. <<



# Eine neue Sicherheitsstruktur?

Von der Öffentlichkeit unbemerkt diskutieren Spitzendiplomaten über eine Neue Europäische Sicherheitsarchitektur. Eine Standortbestimmung. **Text** Jonas Baumann

**A**m Anfang steht eine Rede des russischen Präsidenten Medwedew. Im Juni 2008 skizzierte er Vorstellungen einer zukünftigen Sicherheitsordnung für Europa. Ein Jahr lang warb Russland für seine Idee, ein Jahr lang zögerte der "Westen". Im Juni 2009 hat man sich nun geeinigt, die Diskussion zu führen.

## Isolation Russlands...

Für Russland ist es der Versuch, aus einer gefühlten Isolation auszubrechen. Durch ein seit den 1990ern stattfindendes Vorrücken des "Westens" nach Osten, wie der EU- und NATO-Erweiterung und der Fälle Kosovo und Georgien, sieht Russland sich zunehmend ausgeschlossen und bedroht. Dieses Gefühl wird verstärkt durch Blockaden in für Russland elementaren Dossiers wie beispielsweise der Reform des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und durch eine zunehmende Fokussierung auf Menschenrechte und Demokratie.

Kurz, Russland sieht sich immer mehr von Entscheidungen ausgeschlossen, vernachlässigt und bedroht. Medwedew schlägt deshalb vor, einen neuen, juristisch bindenden Vertrag zu unterzeichnen, welcher alle relevanten Staaten und Organisationen vereint und ihre Beziehungen neu regelt.

## ...oder Machthunger?

Viele Staaten sehen in diesem Vorschlag das Streben Russlands, seinen Einfluss zu stärken und insbesondere die Entscheidungen von EU und NATO zu beeinflussen. Weiter wird be-

fürchtet, dass Russland versucht, unliebsame Themen wie Menschenrechte und Demokratie definitiv aus der Sicherheitsdiskussion zu verdrängen. Doch für Westeuropa und Nordamerika gibt es noch ein grundsätzlicheres Problem: sie fühlen sich sicherer als je zuvor.

Bedrohungen kommen nicht mehr von klassischen Kriegen, sondern von Terrorismus, Klimaerwärmung oder Wirtschaftskrisen. Deshalb verlieren Themen wie Rüstungskontrolle tendenziell an Dringlichkeit. Abgesehen davon werfen einige Staaten, wie die USA, Russland eine Doppelzüngigkeit vor. Russland spreche von verbindlichen Verträgen, halte sich aber nicht an grundsätzliche Normen wie Souveränität, besetze es doch Teile Georgiens.

Deshalb machen westliche Staaten die Diskussion über die Neue Europäische Sicherheitsarchitektur (NES) von einer kooperativen Haltung Russlands in der Georgienfrage sowie der Lösung eingefrorener Konflikte abhängig.

Weiter seien gewisse Punkte nicht verhandelbar: Prinzipien der UN-Charta, der Acquis der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der transatlantische Link zwischen Europa und Nordamerika. Verhandlungsspielraum gebe es aber etwa bei Themen wie der Anpassung der konventionellen Rüstungskontrolle oder der Kooperation im Kampf gegen Terrorismus und der Proliferationsbekämpfung.

## Korfu-Prozess: Was nun?

Russlands starker Druck und die Entschlossenheit, seinen Einfluss notfalls auch militä-

Die OSZE überprüft den Abzug russischer Truppen aus Georgien im August 2008. Auch im Rahmen der OSZE wird über Medwedews Idee einer neuen Sicherheitsordnung für Europa diskutiert.

risch zu sichern, wie etwa in Georgien im August 2008, führten zur Einsicht, dass die Diskussion geführt werden muss. Deshalb einigten sich die Außenminister der OSZE-Staaten im Juni 2009 in Korfu, die NES zu diskutieren und den Korfu-Prozess zu starten.

In einem ersten Schritt wird nun in regelmäßigen Treffen der OSZE-Botschafter die Struktur des Dialoges erarbeitet. So wird geklärt, wie und in welchem Rahmen die Diskussion stattfinden soll. Idealerweise kann diese Etappe mit dem OSZE-Ministerratstreffen im Dezember 2009 abgeschlossen werden. Geplant ist, danach die eigentlichen Verhandlungen zu beginnen.

Ob dieser Zeitplan eingehalten wird, ist ebenso unklar wie die Frage, ob und wie der Korfu-Prozess abgeschlossen werden kann. Denn nicht nur sind die Positionen und Ziele der Akteure sehr unterschiedlich, auch der Enthusiasmus das Thema anzugehen, hält sich teilweise in Grenzen. Ob der Wille schlussendlich groß genug ist, um alle Hürden zu überwinden, wird sich zeigen. Klar jedoch ist, dass die Neuordnung der Europäischen Sicherheitsarchitektur noch viel zu reden geben wird. <<

## Weitere Information:

Am Blog von GLOBAL VIEW befindet sich eine längere Version dieses Artikels:

<http://globalviewmagazine.wordpress.com/2009/08/26/eine-neue-sicherheitsstruktur/>

## Europäisierung innerer Sicherheit

Bedrohungen wie organisierte Kriminalität machen an nationalen Grenzen nicht halt. Eine europäische, polizeiliche Kooperation ist daher unabdingbar. **Text** Beate Wegscheider

**Innere Sicherheit** galt bislang als Kernaufgabe moderner Nationalstaatlichkeit. Um den veränderten Erscheinungsformen von Kriminalität effektiv zu begegnen, musste sich die Art der Prävention und Repression entscheidend ändern.

Jürgen Storbeck, ehemaliger Direktor von Europol, erscheint aufgrund der Internationalisierung der Kriminalität auch die Internationalisierung der Verbrechensbekämpfung das wichtigste Vorhaben zu sein. "Wir können nicht mehr von einer kleinen Behörde in Tirol, in Bayern, in Brandenburg gegen eine große weltweit agierende Organisation ermitteln. Da haben wir nur eine Froschperspektive auf das Kriminalitätsgeschehen statt der notwendigen Adlersicht", so Storbeck.

Daher ist eine gemeinsame europäische Intelligence-Arbeit notwendig, um europaweitem Verbrechen effizient zu begegnen. Denn Europa ist heute nicht nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialraum, sondern auch ein gemeinsames kriminalgeographisches Gebiet. Mit der "Froschperspektive" können nur kleine Teile der organisierten Kriminalität erkannt werden. "Damit können wir sie nicht wirklich ausschalten, sondern nur die Glieder dieser kriminellen Organisationen, die unbedeutenden Mitglieder. Das war eigentlich die Idee der Gründung von Europol", sagt Storbeck.

### Froschperspektive beseitigen

Schengen und Europol verdeutlichen eindrucksvoll den Fortschritt betreffend einer europäischen Kooperation im Polizeibereich. Beide wurden mit dem Ziel errichtet, einen

Raum der Freiheit und der Sicherheit in Europa zu schaffen.

Durch den Abbau von Grenzkontrollen wurde der Einsatz von Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Diese sollen helfen, die Sicherheit zu erhalten. Demgegenüber ist die Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die zentrale Aufgabe von Europol. Im Gegensatz zu Schengen, welches insbesondere auf den Fahndungsbereich ausgerichtet ist, dient Europol zur aktiven Recherche bei Ermittlungen und zur intelligenten Auswertung von Daten.

Aufgrund der schwerfälligen Konsensfindung auf EU-Ebene neigen die Mitgliedstaaten dazu, polizeiliche Befugnisse im nationalen Einflussbereich zu halten. Storbeck betont: "Polizeiliche Arbeit, die Ausübung von Exekutivmaßnahmen, auch gegenüber dem eigenen Bürger, ist ureigenstes staatliches Verhalten. Das will man nicht abgeben."

Europol wird daher in absehbarer Zeit weder Exekutivbefugnisse erhalten, noch zu einer europäischen Polizei aufsteigen. Vielmehr soll Europol eine strafverfolgende Behörde für Schwerverbrechen werden, von welchen mehrere Mitgliedstaaten betroffen sind. Europol wird demnach ausschließlich für europaweit agierende organisierte Kriminalität zuständig sein.

### Die Zukunft für Europa

Auch die Justizbehörden der EU-Staaten arbeiten immer enger zusammen. Mit Eurojust wurde 2002 das Vorgehen der zuständigen

Behörden der Mitgliedstaaten bei der Verfolgung schwerer grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität verstärkt. Weiters liefert Eurojust schnelle Information über fremdes Straf- und Strafverfahrensrecht.

Einen Quantensprung bezüglich der polizeilichen Kooperation in Europa stellt der Vertrag von Prüm dar. 2005 von den Gründerstaaten Österreich, Deutschland, Frankreich, Spanien und den Benelux-Staaten unterzeichnet, soll der Vertrag zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Mit "Prüm" gewähren sich die Staaten gegenseitig Zugriff auf ihre Polizei-Datenbanken und damit den Austausch von beispielsweise DNA-Profilen, Autohalterdaten und Fingerabdrücken. Gleichzeitig regelt die Vereinbarung auch die Unterstützung bei Großereignissen, grenzüberschreitende Verfolgungsfahrten und liefert Informationen über politische Aktivistinnen und Migranten.

"Europol hat wie keine andere Behörde ein gemeinsames polizeiliches Bewusstsein geschaffen. Dadurch ergibt sich wirklich ein proeuropäischer Ansatz", ist der ehemalige Europol-Chef Storbeck überzeugt. Das wird durch Verträge wie Prüm weiterentwickelt.

Für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa wurden damit wesentliche Impulse gesetzt. Zunehmend sind die EU-Staaten dazu bereit, sich in Sicherheitsfragen europaweit zu koordinieren. Der Grundstein für eine einheitliche, rechtsstaatliche und freiheitsorientierte Union ist damit gelegt. <<

# Europäische Medien – Wunschdenken?

*euronews* oder doch lieber ORF? Europäische oder doch lieber nationale Berichterstattung? Europäische Medien wären essentiell, um mehr Information und Verständnis für die EU zu schaffen.

**Text** Klaudia Feurle

**B**ezüglich paneuropäischer Nachrichten existiert bis dato ein gewaltiges Manko. *euronews*, der seit 1993 existierende Fernsehsender, stellt im Moment das einzige Beispiel und Pilotprojekt dar. Sein Programm besteht vor allem aus Weltnachrichten, die in sieben verschiedenen Sprachen aus einem europäischen Blickwinkel ausgestrahlt werden.

*euronews* wird von Gesellschaftern aus ganz Europa sowie von der EU-Kommission finanziert, wobei die Unabhängigkeit des Senders gewahrt wird. Auch ARTE kann als erfolgreiches transeuropäisches Fernsehprojekt gesehen werden, allerdings nur im Kulturbereich.

Nicht zuletzt entstanden in der Welt des Internets und Rundfunks einige neue und viel versprechende Projekte wie zum Beispiel Euranet, das ein paneuropäisches Radionetzwerk mit europäischer Perspektive in fünf Sprachen darstellt. Oder *Eurozine*, eine Onlinevernetzung von europäischen Kulturzeitschriften in mehreren Sprachen. Insgesamt werden aber vor allem politische Nachrichten nach wie vor von nationalen Fernsehsendern dominiert.

## Viele "News" – kaum Info?

Trotz der vielen, neuen Projekte im Bereich europäischer Medien sind wir insgesamt eher "overnewsed and underinformed". Betreffend die EU gibt es bis dato weniger eine politische als eine populärkulturelle Unterhaltungsöffentlichkeit.

Denn bezüglich Reisen, Kultur- oder Sporte-

vents, oder auch bei sehr negativer EU-Berichterstattung nehmen die europäischen Bürger und Völker durchaus schon regen Anteil an einer europäischen Öffentlichkeit. Was aber macht die EU diesbezüglich?

## Communicating Europe

1998 legte das Europäische Parlament das erste Mal eine "EntschlieÙung zur Informations- und Kommunikationspolitik" in der EU vor. Annemarie Huber, Leiterin der Pres-

ein neues Konzept der Europäischen Kommunikation zu entwickeln, das den Bürger in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellt. Wallström hat deswegen den Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion initiiert. Auch Huber betont: "Nur wer informiert und interessiert ist, kann wirklich partizipieren."

## Projektausschreibung

Ganz in diesem Sinne gab es im Mai 2009 eine Ausschreibung zur Förderung von Medienprojekten von der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments. Projektvorschläge zu Fernsehprogrammen, Radioprogrammen, Website- und Internetaktivitäten werden finanziell gefördert werden. Damit soll das Europäische Parlament und seine Arbeit besser verständlich gemacht und die Beteiligung und das Interesse der Bürger am politischen Prozess auch außerhalb der Wahlzeit gefördert werden.

Innerhalb der EU dominieren allerdings nach wie vor nationale Nachrichten und Medien und die aktuelle Situation mit *euronews* als Nachrichtenprogramm und ARTE ist mehr als

unzureichend, um eine europäische Öffentlichkeit und eine demokratische Akzeptanz in Europa hervorzurufen.

In Anbetracht von negativen EU-Referenden oder gesunkener Wahlbeteiligung bei den EP-Wahlen muss dies aber anvisiert werden. <<



FlickrR/Tiago on Vacations

Können hier europäische Inhalte gefunden werden?

sarbeit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, betont: "Die Kommunikationspolitik der EU hat sich vor allem seit der 2004 neu ernannten Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, Margot Wallström, erheblich verbessert."

Die Hauptaufgabe von Wallström ist es,



# Eine EU-Strategie für den Donaauraum

Österreich und Rumänien initiieren eine EU-Strategie für den Donaauraum, die bis Ende 2010 von der Europäischen Kommission ausgearbeitet werden soll. **Text** Michael Spindelegger

**Mit dem Fall des** Eisernen Vorhangs vor zwanzig Jahren ist für Europa eine Zeit voller neuer Perspektiven angebrochen. Die Donau ist das Symbol für unseren wiedervereinigten Kontinent. Der Fluss verbindet die alten Mitgliedsländer der Europäischen Union mit den Neuen. Sowohl die Quellen als auch die Mündung der Donau liegen heute in der EU.

Gerade für uns Österreicher ist der Donaauraum von besonderer Bedeutung. Wir haben eine Fülle politischer, wirtschaftlicher, kultureller und vor allem menschlicher Beziehungen in diese Region. Sie ist für uns auch die Verbindung in den Schwarzmeerraum, der nach Überwindung der Wirtschaftskrise wieder zu den dynamischsten Wachstumsmärkten der Welt zählen wird.

## Zukunftsregion Donaauraum

Ich habe deshalb bei meinem Amtsantritt als Bundesminister im Dezember 2008 den Donau- und Schwarzmeerraum besonders in den Fokus der österreichischen Außenpolitik

gerückt. Außerdem habe ich mich gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen dafür eingesetzt, die gezielte Förderung des Donaoraums zu einem gesamteuropäischen Anliegen zu machen.

Das ist uns gelungen. Bei ihrer Tagung im Juni 2009 haben die Staats- und Regierungschefs der EU die Europäische Kommission beauftragt, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donaauraum auszuarbeiten. Der Grundstein für eine effizientere und besser koordinierte Donauraumpolitik ist damit gelegt.

Der nun eingeleitete Prozess wird gegen Jahresende 2010 in einem Vorschlag der Kommission münden. Unter der EU-Präsidentschaft Ungarns, eines Donaustaats par excellence, soll der Europäische Rat in der ersten Jahreshälfte 2011 dann die neue EU-Strategie für den Donaauraum beschließen.

## Eine neue EU-Strategie

Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Erarbeitung dieser Strategie in einer offenen Art

und Weise erfolgt. Nicht nur Regierungsstellen, sondern auch die Wirtschaft, Wissenschaftler, Künstler und die Zivilgesellschaft insgesamt sollen sich einbringen können. Ihre Ideen und Vorschläge sind willkommen.

Die Strategie soll auch die praktische Zusammenarbeit mit jenen Donauländern umfassen, die nicht oder noch nicht EU-Mitglieder sind. Denn wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, gerade in der derzeitigen Krise, in Bezug auf das Verkehrsaufkommen, den demografischen Wandel, das organisierte Verbrechen oder die Umweltverschmutzung, um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht zuletzt aber auch in Bezug auf die Erhaltung der einmaligen Kulturschätze, die entlang der Donau liegen.

Ich bin überzeugt, dass es uns mit einer gemeinsamen Strategie, und auch durch den gezielten Einsatz von EU-Mitteln, gelingen wird, die vielfältigen Chancen, die uns diese einzigartige Region bietet, zum Vorteil aller besser zu nutzen. <<

# Impulse um Krisen zu nutzen

Der Salzburger Trilog bringt jährlich Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft zusammen. 2009 stand die Frage von globalen Krisen im Mittelpunkt. **Text** Johannes Langer

**Wir befinden uns** alle im gleichen Boot. "Wir müssen Probleme gemeinsam angehen", eröffnete der indische Soziologe Surendra Munshi den "runden Tisch" beim Trilog in Salzburg. Munshi sieht drei Herausforderungen, die primär angegangen werden müssen: Klimawandel, Armut und die Finanzkrise.

## Die Krise nutzen

Vom 14.-16. August 2009 fand zum achten Mal der Trilog im Rahmen der Salzburger Festspiele statt. "Ich wünsche mir, dass die Teilnehmer von hier Impulse und Ideen bekommen und sie weitertragen", so Außenminister Michael Spindelegger im Gespräch mit der APA. "Immerhin stehen wir an einer Weichenstellung für das System nach der Krise; eine Möglichkeit, die wir nutzen sollten."

Organisiert wurde die Veranstaltung von der deutschen Bertelsmann Stiftung sowie dem österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Unter dem Motto "Voices for the Future – Global Crises and the Human Potential" sollten mögliche Gegenstrategien zu Krisen erörtert werden. Eingeladen wurden dafür 30 ausgewählte Experten sowie erstmals 13 "Young Global Leaders", um auch die Stimmen von morgen zu integrieren.

## Zukünftige Trends erkennen

Impulse und Ideen kamen von Jerome C. Glenn. Sein Millennium Project publiziert seit 13 Jahren den "State of the Future"-Bericht, der unter der Schirmherrschaft der World Federation of UN Associations (WFUNA) steht. Im Rahmen des Salzburger Trilogs wurde die aktuelle Ausgabe erstmals in Europa vorgestellt. In dem umfassenden Bericht über unsere Zukunft werden globale Probleme analysiert und zukünftige Trends ausgemacht.

Die derzeitige Krise bedeutet für Glenn eine Chance – schließlich können be-



Außenminister Spindelegger, Liz Mohn von der Bertelsmann-Stiftung, Moderator Wolfgang Schüssel sowie 13 "Young Global Leaders" vor der Kulisse Salzburgs.

sonders in schwierigen Zeiten Veränderungen durchgesetzt werden wie Roosevelts "New Deal" zeigt.

Heute leben 6,8 Mrd. Menschen auf unserer Welt, im Jahr 2050 sollen es bereits 9,2 Mrd. sein. Dafür gerüstet zu sein erfordert Planung. Ex-Bundeskanzler, Erfinder und Moderator des Trilogs Wolfgang Schüssel: "Politiker sind aufgefordert über den Tellerrand zu blicken." Mut zu neuen Ansätzen ist auch für den stellvertretenden OECD-Generalsekretär Aart de Geus entscheidend: "Unsere Regierungen sind nicht in der Lage Probleme von morgen anzugehen, sondern nur jene der Vergangenheit."

Die Welt braucht neue Ideen, um die schwerwiegenden Probleme zu bekämpfen. Viele Ideen gibt es bereits – nur müssen diese auch gehört und umgesetzt werden. Martin Lees, Generalsekretär vom Club of Rome: "Es gibt zwar oft ein Bewusstsein für ein Problem, aber kein Verständnis."

## Silo-Denken überwinden

Ohne ein Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Kultur können keine Strategien entwickelt werden, die der Menschheit wirklich weiterhelfen. Kooperation fordert auch der schwedische Krebspezialist Karl-Henrik Robèrt: "Wir müssen aus den Silos ausbrechen und zusammenarbeiten." Robèrt

schlägt damit genau in die Kerbe, die der Trilog erreichen will: eine Brücke zwischen Experten zu bauen um miteinander Probleme zu orten und diese anzugehen. Dass dies eine Herausforderung für sich ist, wurde am Format des Trilogs selbst deutlich: manchmal dominierten eher Monologe, als dass sich ein reger Austausch entfalten konnte.

Trotzdem: Foren wie der Trilog sind notwendig, um Experten am Puls der Zeit bleiben zu lassen – und das nicht nur in ihrem Bereich, sondern in einem breiteren Kontext. Das heurige Motto der Salzburger Festspiele war "Das Spiel der Mächtigen". Dirigent Daniel Barenboim verlangt: "Wir müssen die Logik der anderen verstehen, sogar wenn wir nicht übereinstimmen." Denn nur mit dem Wissen über andere, alternative Denkweisen können (globale) Krisen bewältigt werden. <<

## In brief:

Bereits zum achten Mal wurde 2009 der Salzburger Trilog abgehalten. Organisiert wurde dieses Kulturforum von der deutschen Bertelsmann-Stiftung und dem österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Spitzenpersönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft wie Maestro Daniel Barenboim, der saudische Prinz Turki Al-Faisal oder Victor L.L. Chu waren einige der ausgewählten Teilnehmer am Trilog.

# Braucht der Staat Religion?

Staat und Religion sind in Österreich nicht vollständig voneinander getrennt. Die Forderung nach einem laizistischen Österreich wird lauter. **Text** Valerie Baldinger

**K**irche und Staat sollen getrennt sein, weil Staat und Kirche nichts miteinander zu tun haben", so Niko Alm, Initiator der Laizismus-Initiative, die im Februar 2009 ins Leben gerufen wurde. Unter Laizismus wird die strikte Trennung zwischen Staat und Religion verstanden. Sowohl Frankreich als auch die Türkei sind europäische Beispiele für laizistische Staaten, in denen Religion im öffentlichen Leben keine Rolle spielen darf.

Folglich dürfen auch religiöse Symbole, wie das Kopftuch, nicht in der Öffentlichkeit getragen werden. Kann Laizismus daher als Einschränkung der Religionsfreiheit verstanden werden? Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Professorin für Öffentliches Recht und Ersatzmitglied am Verfassungsgerichtshof, widerspricht mit Verweis auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR): "Der Laizismus verletzt nicht die Religionsfreiheit. Er sichert sogar das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften."

Alm ist dennoch gegen eine zu strikte Auslegung des Laizismus und erteilt dem Kopftuchverbot eine Absage: "Wären wir in einem laizistischen Staat, wo es kein Problem wäre, dass man glaubt woran man will, dann gäbe es auch keine Kopftuchdebatte."

**Religiöse Gebäude können landschaftsprägend sein. In Österreich prägen die Religionen auch den Staat.**

## Österreich geht seinen eigenen Weg

In Österreich sind Religion und Staat nicht strikt getrennt, aber es gibt seit dem Jahr 1867 auch keine Staatsreligion mehr. Stattdessen entschied sich Österreich für den Mittelweg: die Kooperation mit den anerkannten Religionsgemeinschaften. Durch das System der Anerkennung können sich Religionen nicht nur privatrechtlich konstituieren, sondern auch öffentlich-rechtlichen Status erlangen. Mit diesem gehen rechtliche Privilegien, wie Subventionen vom Staat und das Recht, Religionsunterricht an Schulen zu halten, einher.

Der Religionsunterricht wird vom Staat bezahlt und kontrolliert, Inhalte und Lehrer werden jedoch von den Religionsgemeinschaften ausgewählt. Laut Kucsko-Stadlmayer genießen die anerkannten Religionsgemeinschaften zwar gewisse Privilegien, diese sind aber "mit einer Verantwortung für die Gesellschaft, die Öffentlichkeit und das Zusammenleben der Menschen verbunden und insoweit sind sie auch gerechtfertigt".

## Österreichischer Katholizismus

In Österreich wird die Religionsfreiheit zwar in keiner Weise beschränkt, aber es gibt keine

## Weitere Information:

Am Blog von GLOBAL VIEW befindet sich eine längere Version dieses Artikels. Weiter gibt es ausführliche Interviews mit Niko Alm und Gabriele Kucsko-Stadlmayer:

<http://globalviewmagazine.wordpress.com>

Gleichbehandlung der Religionen. Die katholische Kirche hat nach wie vor eine Sonderstellung in Österreich, welche durch das 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich eingegangene Konkordat, einem völkerrechtlichen Vertrag, abgesichert ist.

Kritisiert wird besonders das Privileg der römisch-katholischen Kirche, dass Kreuze in Schulen hängen dürfen und in einigen Fällen sogar müssen. "Von unserer laizistischen Perspektive aus ist die Entfernung der Kreuze aus öffentlichen Gebäuden eine Konsequenz daraus, dass Staat und Religion getrennt sind", erklärt Alm. Professorin Kucsko-Stadlmayer ist anderer Meinung: "Das Kreuz in den Schulen ist weithin anerkannt."

Laizismus in Österreich bedeutet für die Laizismus-Initiative in erster Linie, dass die rechtlichen Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften abgeschafft und das Naheverhältnis zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche beendet werden müssen. Österreichs Laizisten wollen in Österreich keinen strikten Laizismus einführen wie er in Frankreich und der Türkei praktiziert wird.

Ob Österreichs Werte christliche sind oder nicht, ist Ansichtssache. Es ist jedoch ein Fakt, dass Österreichs Geschichte vom Christentum mitgeprägt wurde. Ist die Zeit für Österreich gekommen, sich von diesem Teil seiner Kultur zu distanzieren und der Praxis der Kooperation mit den anerkannten Religionsgemeinschaften Absage zu erteilen? <<





# Lücken-Los

**Text** Nadja Kwapil

Die Routineuntersuchung wird ergeben, dass meine Zähne nach wie vor kariesfrei sind, meine Kauwerkzeuge nicht anfällig für Zahnstein zu sein scheinen, das Zahnfleisch keine Spur von Entzündungen erkennen lässt und auch die Zahnzwischenräume nichts zu verbergen haben. Wie jedes Jahr, Routine eben, im wahrsten Sinne des Mundes.

Ich mag Zahnarztbesuche. Grundsätzlich. Sie haben für mich nämlich etwas von einem provisorischen Friseurbesuch, den die Krankenkasse bezahlt. Man darf sich zwar keine Tasse Kaffee erwarten – auch nach besonders langen Wartezeiten nicht – aber das Sitzen und Schauen in einem ärztlichen Vorzimmer kann oft wesentlich aufregender sein als ein paar frisch gepresste Arabica-Bohnen.

Man sitzt also da auf einem Sessel, zwischen anderen Sesseln, auf denen im Normalfall auch andere Menschen sitzen; und so eingeklemmt zwischen seinesgleichen fühlt man sich schon fast selbst wie ein Zahn, der sich nichts sehnlicher wünscht als nach irgendeiner Richtung auszuwachsen oder von Bakterienhorden überfallen zu werden, um dann erschöpft auszufallen.

Aber das passiert nicht. Das darf nicht passieren, planwidrige Lücken sollen verhindert werden. Und so wird alles daran gesetzt, das Zahnräderwerk am Laufen zu halten: nur der Aufruf der Ordinationshilfen erlaubt den Ausstieg. Besonders abgrenzungsbedürftige Personen werden durch aufgebahrte Zeitschriften angehalten, sich ihrer zu bedienen.

In jede Lücke, die ein Mitglied einer Krankenkasse gerade verlassen hat, rückt ein Neues. Und das solidarische "Grüß Gott" der Gruppe, die sich bereits eingelebt hat, ermutigt, sich unter dem nervös flackernden Licht einer abgenutzten Neonröhre niederzulassen. So sind die Regeln.

Aber diesmal. Alles anders. Die Neonröhre ist ausgetauscht und mit ihr auch der Arzt samt Ordinationshilfe. Ich komme gleich dran, der Zahnarzt sitzt schon da. Ich werde gebeten mich in die Lage zu versetzen und will zum gewöhnlichen Wasserglas greifen, das ich normalerweise schon vor der Untersuchung austrinke, während ich meinen Zahnarzt auf den neuesten Stand meines Lebens bringe. Stattdessen werde ich in Liegeposition gezoomt. Der Arzt schaut mir in meinen wortlosen Mund.

"Den Fünfer, Martina. Gell? Beobachten!" Er zwinkert seiner Assistenz zu, während ich mit weit aufgerissenen Augen und kleinen Pupillen empörte Luft gegen sein Gesicht stoße: "Was ist bitte mit meinem Fünfer?"

Er sagt nichts. Und lächelt: "Nanana. Schaut schon alles gut aus!" Er presst meinen Kopf zwischen seine Hände.

"Martina? Gell, sie knirscht ein bisschenl."

"Wo bitte knirsche ich!?", frage ich erbost.

Martinas weißer Kittel schiebt sich zwischen mich und den ausgetauschten Arzt. Sie klemmt mein Kinn zwischen ihren Daumen und ihren Zeigefinger: "Mhm."

"Hams an Stress? Machens Yoga", sagt er. Ich werde wieder hochgeladen und befreie mich zähneknirschend aus der Lage.

Er drückt mir eine Visitenkarte in die Hand, die Martinas Nachnamen trägt: "Ausgebildete Yoga- und Shiatsu-trainerin". Wo und wie ich sie privat erreiche steht auch drauf. Ich verlasse die Praxis.

Die Routineuntersuchung hat ergeben, dass ich eine Tasse starken Kaffee brauche. Und Yoga-Stunden, beides wird von der Krankenkasse nicht bezahlt. So sind die Regeln.

# Papierhaus für Afrika

Es ist kompakt, preiswert, robust und aus Papier - ein Haus, das nicht nur das Gesicht der Slums verändern könnte, sondern vielleicht auch die Welt. **Text** Magdalena Reitbauer

**M**ehr als eine Milliarde Menschen weltweit leben nach Schätzungen der Vereinten Nationen in Slums. Die Behausungen sind meist desolate Hütten und nicht nur im Vergleich zum westlichen Standard menschenunwürdig. Doch eine Erfindung des deutschen Ingenieurs Gerd Niemöller könnte das Antlitz der Elendsviertel nachhaltig umformen.

"Unser Ziel war es von Anfang an, für die Slum-Gebiete dieser Erde umweltfreundliche, praktische und vor allem preisgünstige Wohnmöglichkeiten zu schaffen", so Niemöller. Das "Universal World House" ist 35m<sup>2</sup> groß und besteht zu Gänze aus Papier – sogar Wände, Regale und fast die komplette Einrichtung. Was wie eine Utopie klingt, ist das Zusammenspiel von absoluter Schlichtheit und Hochtechnologie.

## Stabile Honigwaben

Das Geheimnis der fortschrittlichen Konstruktion findet sich im Inneren der Wände. Der Kern der Platten besteht aus sechseckigen Hybrid-Paneelen, die an die Struktur von Honigwaben erinnern. Die notwendige Stabilität erhalten die Waben durch kunstharzgetränkte Zellulose – also Papier. Durch hohe Temperaturen und Überdruck werden die Paneelen hauchdünn und absolut leicht.

Gerd Niemöller vor dem von ihm entwickelten Papierhaus.



Foto: Gerd Niemöller

Ein gesamtes Papierhaus bringt gerade einmal 800 Kilogramm auf die Waage und soll dabei ungefähr fünfzig Jahre halten. Auch auf die Umwelt legt Niemöller, der das Projekt zusammen mit Dritte-Welt-Experten der Bauhaus-Universität Weimar und dem Architekten Dirk Donath entwickelt hat, besonders wert: Für die Herstellung eines Papierhauses wird lediglich ein Baum benötigt und auch das Material lässt sich vollständig recyceln.

## Fertighaus für Zwangslagen

Eingesetzt werden soll das Fertigteilhaus aus Papier vor allem in Dritte-Welt- und Schwellenländern. Nicht nur in den Slums, sondern auch in gefährdeten Katastrophengebieten könnte das Haus den Menschen ein lebenswerteres Wohnen ermöglichen.

Denn das resistente Material ist nicht nur wasserdicht, sondern auch erdbebensicher. Wie robust das Material tatsächlich ist, wird gerade noch getestet. Fest steht jedoch, dass diese einzigartige Idee, die besonders auf die kulturellen und sozialen Bedingungen Afrikas zugeschnitten ist, gerade ihren Durchbruch feiert. Nigeria, Südafrika, Simbabwe, Angola und andere Länder planen bereits Siedlungen mit den Papierhäusern. "Wir sind auf dem besten

Weg, Afrika zu erobern – und zwar in einer ethischen und humanitären Art und Weise", meint Niemöller.

## Kaum Transportaufwand

Produziert und aufgebaut werden soll das Haus aber vor Ort in den Entwicklungsländern – bis Ende des Jahres wird daher noch an einer mobilen Fabrik gearbeitet. "Wir liefern lediglich die Rohstoffe und die automatisch laufenden Maschinen, alles andere erledigen die einheimischen Kräfte", erläutert Niemöller.

Das Papierhaus kann durch seine vielen austauschbaren Einzelelemente vom einfachen Unterstand bis zum kompletten Haus für 20 Personen konstruiert werden. Die Kosten für das ansprechende Häuschen mit Veranda belaufen sich zwar nur auf 4.000 EUR – wären aber trotzdem für die Menschen vor Ort ohne internationale Hilfe unerschwinglich.

Aber auch für Europa könnte das Projekt durchaus interessant sein. Durch die optimale Isolierung hätte die Unterkunft Passivhausstandard – und dieser ist bekanntlich gegenwärtig äußerst gefragt.

Was vor einigen Jahren als Idee nach den erschreckenden Eindrücken einer Kenia-Reise begann, hat nach vier Jahren Entwicklungszeit das Potenzial den Fertigungssektor zu revolutionieren. Denn auch Schiffe und sogar Autos könnten in Zukunft nach dem gleichen Prinzip wie das Papierhaus entstehen. Leicht, preiswert und grenzenlos innovativ. <<

## Weitere Information:

Am Blog von GLOBAL VIEW befindet sich ein Interview mit Gerd Niemöller:

<http://globalviewmagazine.wordpress.com/2009/07/24/interview-niemoeller/>

Online:

<http://www.the-wall.ch>

# "A Rootless City of Rootless People?"

The Dutch artist Simone Boon – co-exhibiting at the Venice Biennale 2009 – about being an artist in a vibrant city, where life continues night and day between cultures. **Interview** Louise Beltzung

**H**ow do you perceive the art scene in Hong-Kong?

As vibrant and lively - in fact there are too many events to be able to attend them all. I have many connections in the professional art scene, as in the student art-world since I take part in both. Among the photography students the topics are mostly related to the context they live in.

They are about bare land where buildings have been destroyed in an urban area, pointing at the question: What will happen to this land, will it give some space or be rebuilt fully again? Or photos showing people sleeping in the underground since they work so many hours and then still have to travel a long way home.

"Transfloating 3" of Simone Boon.



Photo: Simone Boon

Do you experience changes in art towards a global culture?

Hong Kong gives a confusing message, it is Western and it is Chinese. It has been described as a rootless city of rootless people. Now there is a need for finding a distinct but Chinese identity.

The influence through media is of course enormous, so there is globalization, but the cultural background leaves a strong embedded paradigm in people, which influences the way of perceiving the world. I think the language of art is globally understandable, going beyond differences.

Cultural diversity means richness and the element of the mysterious can be fascinating. But then, on a global scale, there must be a sense of belonging, a feeling home in art of a "globalised" culture. And one can wonder: Is this global culture more Western than Eastern? It is for sure a commercial culture!

What do the mysterious parts of the Asian culture consist of?

You could say Hong Kong is a Western way of looking at Asia. It is almost more modern than Europe; and since it has been an English colony this influence is very obvious. People queue orderly for the buses, things are kept under control. It makes a huge difference to places like Hanoi or Bangkok.

To me, Hong Kong was first very Western compared to Malaysia. After a while you encounter examples of a strong influence of the Chinese background. For instance, the buildings are built according to Feng-Shui. Many have an open gap to let the dragon's air through. In the night-market, fortune-tellers read hands and you see people consulting them, as if they were psychologists.

Hong-Kong is a global player in the worldwide economy.

One of the first things that come into my



Photo: Marjolien Vaartjes

## In brief:

Simone Boon lived in Malaysia from 1994 to 2001 and lives in Hong Kong since July 2004. The Dutch artist was involved in the "Cityminutes"-project that will show 120 cities all over the world with a one minute video for each of the 24 hours in a day. The project was exhibited at the Venice Biennale and the final presentation will be presented at the Shanghai world expo 2010.

Online:

<http://www.cityoneminutes.org/>

[#/addis-ababa/2](#)

<http://www.simoneboon.com/>

mind thinking of this culture is money. The "Happy New Year phrase" in Chinese is "Kong Xi Fa Chai" the meaning is "Hope you will get a lot of fortune". After all, Hong Kong has the International Financial Centre, a huge phallic symbol, the highest building in the skyline. There is a rhythm in this city, faster than I have seen elsewhere. Life continues throughout the night, even at 3 a.m., it does not feel strange going home alone. People must support their parents, so either an artist can afford to have a part time job or projects are done in evening and weekend hours. Chinese work day and night – this is the impression you get.

Thank you for the interview! <<

# Kulturgüterschutz darf kein Zufall sein



Schätzungen der UNESCO zufolge sind in den Jahrzehnten seit Ende des 2. Weltkrieges etwa 50 Prozent aller Kulturgüter der Menschheit zerstört worden. **Text** Friedrich Schipper

**K**ulturgut im materiellen Sinn sind bewegliche und unbewegliche Güter, die in ihrer Gesamtheit das kulturelle Erbe einer Gemeinschaft symbolisieren. Historische Bauwerke, weltliche und sakrale Gegenstände, Museen, Bibliotheken und Archive zählen genauso dazu wie archäologische Fundstätten, historische Gärten und Industriedenkmale.

## Kulturgut und seine Bedeutung

Kulturgut im immateriellen Sinn umfasst alle Formen traditioneller Kultur, also kollektive Werke, die von einer Gemeinschaft hervorgebracht werden und auf zumeist mündlicher Überlieferung beruhen. Dazu gehören Sprache, Bräuche, Musik, Tänze, Rituale, Feste, traditionelle Medizin und Wissen um Heilpflanzen, und alle Arten von Fertigkeiten, die mit den materiellen Aspekten von Kultur in Verbindung stehen.

Kulturgüter sind demnach Symbole nationaler, regionaler bzw. lokaler Identität und haben neben ihrem materiellen Wert insbesondere eine ideelle Bedeutung für eine Gemeinschaft. Der Respekt vor der Vielfalt

**Blue Shield engagiert sich für Kulturgüter – insbesondere nach Katastrophen wie das Erdbeben in L'Aquila im Mai 2009.**



der Kulturen, Toleranz, Dialog und Zusammenarbeit sind wesentliche Garanten für internationalen Frieden und Sicherheit.

## Kulturgut und seine Gefährdung

Neben Kriegen und bewaffneten Konflikten aller Art sind es auch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Wirbelstürme, Überflutungen oder gar Tsunamis, in deren Rahmen seit jeher nicht nur der Verlust von Menschenleben zu beklagen ist, sondern auch wertvolles Kulturgut zerstört, beschädigt oder verschleppt wird.

Ein weiteres Gefährdungspotenzial stellen heute große Unglücksfälle, etwa Großbrände und Industrieunfälle dar. Aber auch illegaler Kunsthandel, organisierter Kunstraub, rücksichtslose wirtschaftliche Entwicklung, Umwelteinflüsse und Massentourismus seien als spektakuläre Formen der Gefährdung von Kulturgut genannt.

Die fortschreitende Globalisierung bringt die Gefahr des unwiderruflichen Verlustes traditioneller Kultur und traditionellen Wissens mit sich. Auch illegitime Zugriffe auf Kulturgüter infolge der Armut in der Dritten Welt sind hier zu nennen.

In der Entwicklung des Kriegswesens sind es die neuen Formen bewaffneter Konflikte – substaatliche inter-ethnische oder inter-religiöse Konflikte – die zusammen mit der rasanten Entwicklung der Kriegstechnik sowie dem Wiederaufkeimen des Söldnerwesens ("Private Military Industry") eine Steigerung des Gefahrenpotenzials im Fall bewaffneter Konflikte darstellen.

## In brief:

Dr. Friedrich Schipper ist Generalsekretär des Österreichischen Nationalkomitees Blue Shield und Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz und Archäologe an der Universität Wien.

Die ÖGAVN und das AFA unterstützen als Ehrenmitglieder deren Aktivitäten.

Online: <http://www.blueshield.at>

## Kulturgut und sein Schutz

In diesem Kontext arbeitet das internationale NGO-Netzwerk von BLUE SHIELD unermüdlich und weltweit für den Schutz von Kulturgut. Das International Committee of the Blue Shield (ICBS) in Paris wurde 1996 gegründet und ist eine Dachorganisation der fünf UNESCO-affilierten Kulturgüterschutzorganisationen: International Council of Archives (ICA), International Council of Museums (ICOM), International Council of Monuments and Sites (ICOMOS), International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA), Coordinating Council of Audiovisual Archives Associations (CCAAA).

Seit 2008 gibt es eine Association of the National Committees of the Blue Shield (ANCBS) in Den Haag. Diese koordiniert alle bestehenden Nationalkomitees und deren Interaktion mit dem ICBS. Im gleichen Jahr wurde auch ein Österreichisches Nationalkomitee Blue Shield (ONKBS) geschaffen, das eines der Gründungsmitglieder der ANCBS ist. Es hat seinen Sitz in Wien und sein Büro in den Räumen der Österreichischen UNESCO-Kommission.

Zusätzlich zu den fünf österreichischen Vertretungen von ICA, ICOM, ICOMOS, IFLA und CCAAA sind auch die Österreichische UNESCO-Kommission sowie die Österreichische Gesellschaft für Kulturgüterschutz, quasi ein Vorläufer von Blue Shield in Österreich, konstituierende institutionelle Mitglieder des ONKBS. <<

# 30 Jahre UNO in Wien

Ban Ki-moon kam persönlich auf Einladung des BMeiA nach Wien um den 30. Geburtstag des VIC zu feiern. 100 Mitglieder des AFA und der ÖGAVN durften daran teilnehmen. **Text** UNIS

**I**ch danke, für Österreichs Beitrag zu den Vereinten Nationen, und dafür, dass es so ein großzügiger Gastgeber ist", erklärte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf Deutsch bei den Feierlichkeiten zu 30 Jahren VIC in Wien am 23. August 2009. Bundespräsident Heinz Fischer zeigte sich stolz, dass Österreich einen UNO-Sitz hat: "Es ist ein Privileg und eine spezielle Verantwortung."

Seit 1979 Jahren ist Wien ein Hauptquartier der Vereinten Nationen, die österreichische Hauptstadt wurde der dritte Hauptsitz der UNO – nach New York und Genf. Außerdem ist Wien der einzige UN-Standort in der EU, wie Bürgermeister Michael Häupl anmerkte. Das Internationale Zentrum Wien (VIC) hat sich zu einer Attraktion und Sehenswürdigkeit der Stadt entwickelt. Gleichzeitig wurde es ein internationaler Knotenpunkt für Belange der menschlichen Sicherheit.

## Die Aufgaben der UNO in Wien

Wien beheimatet mehrere Mitglieder des UN-Systems, die sich für Frieden, Sicherheit und Entwicklung einsetzen. Diese streben danach viele wichtige Ziele zu erreichen: Atome für den Frieden zu nutzen (Internatio-

nale Atomenergie-Organisation), Armut durch nachhaltiges industrielles Wachstum zu verringern (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung), Atomtests zu unterbinden (Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearwaffen), die Vorteile der friedvollen Nutzung des Weltalls in alle Regionen der Welt zu bringen (Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen), rechtliche Hindernisse für den internationalen Handel zu beseitigen (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht) und die Welt vor Drogen, Kriminalität und Terrorismus sicherer zu machen (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung).

Das VIC, gemeinhin als "UNO-City" bekannt, beherbergt ebenso die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (die die internationale Zusammenarbeit fördert, um die Donau sauberer zu machen), den Internationalen Suchtstoffkontrollrat (der die Einhaltung der internationalen Drogenkontrollübereinkommen fördert), den Wissenschaftlichen Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung, das Register der Vereinten Natio-

nen für die Erfassung der durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet verursachten Schäden, sowie Regional- und Länderbüros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der Postverwaltung der Vereinten Nationen und den Informationsdienst der Vereinten Nationen in Wien.

## Gerüstet für Morgen

Diese Bandbreite und Tiefe an Expertise spiegelt wider, wie hervorragend das Büro der Vereinten Nationen in Wien positioniert und ausgerüstet ist, um einige der dringlichsten Herausforderungen dieser Welt zu behandeln. Auch das Internationale Zentrum Wien verändert sich mit der Zeit und passt sich an.

So wurde 2008 ein hochmodernes Konferenzgebäude, das sogenannte "M-Gebäude", von Ban Ki-Moon und der damaligen Außenministerin Ursula Plassnik eingeweiht. So merkte auch der UN-Generalsekretär an, dass das VIC in Zeiten des Kalten Krieges gebaut wurde – nun aber mit dem Ausbau den neuen Herausforderungen gewidmet ist. <<

Ban Ki-moon in Wien bei der 30-Jahr-Feier des VIC am 28. August 2009.



# "UN-Sicherheitsrat" tagte in Wien

Von 2. bis 6. August 2009 fanden sich rund 250 Studierende und Jungakademiker aus Österreich und etwa 40 Nationen weltweit in der Wiener UNO-City ein, um in einer UNO-Simulationskonferenz an Resolutionen zu aktuellen Weltthemen zu arbeiten. **Text** Mathias Steinhauser

**B**ereits zum 15. Mal fand die UNO-Simulationskonferenz "Vienna International Model United Nations (MIMUN)" des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) in der Wiener UNO-City statt. Auch die Weltwirtschaftskrise hatte die Teilnehmer aus aller Welt nicht abgehalten, sondern sogar für verstärkten Zulauf gesorgt. Mit großer Freude empfing das VIMUN-Team große Delegationen aus Russland (Dank einer Kooperation mit unserer Partnerorganisation aus Russland) sowie aus Qatar und Brasilien. Heuer stand die Konferenz naturgemäß im Zeichen des 30-Jahr-Jubiläums der Wiener UNO-City.

## Rollentausch in der UNO

Während in New York Österreichs Diplomaten im UNO-Sicherheitsrat vertreten waren, simulierten die "Jungdiplomaten" in Wien nicht nur eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates. In sechs weiteren sogenannten Committees wurden topaktuelle weltpolitische Themen (siehe Kasten) verhandelt. Die Konferenzteilnehmer ("Delegates") mussten dabei in die Rolle eines Staatenvertreters eines von ihnen ausgewählten Landes schlüpfen.

Um den Effekt der Simulation zu verstärken, durfte jedoch nicht das Land der eigenen

Nationalität gewählt werden. Neben den Sitzungen, in denen sich die Delegierten in die Rolle von Staatenvertreter versetzen mussten, um an der Ausarbeitung von Resolutionen (wie in der "echten UNO") zu arbeiten, bekamen die Teilnehmer von Mag. Alexander Kmentt einen Überblick zur Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO). Die Delegierten des simulierten Board of Governors Meeting der IAEA wurden zur Besichtigung der IAEA-Labors im Untergeschoß des VIC eingeladen.

Die abschließende "Best Speaker" - Ehrung fand in Anwesenheit von UNIS-Direktor Maher Nasser statt. Obwohl sich alle Teilnehmer streng an vorgegebene Regeln halten mussten, waren die Ergebnisse in Form von Resolutionen oft interessante und unvoreingenommene Vorschläge für die globale Realität. Denn oft ist es so, dass Enthusiasmus und Idealismus der Jugendlichen einen entscheidenden Impuls liefern können.

## Tanzen für den Weltfrieden

Wie es in Wien seit dem Wiener Kongress üblich ist, durfte auch der informelle Teil der Konferenz nicht fehlen. So konnten die Staa-

## Committees und Themen der VIMUN 2009:

SC: Decision on an urgent crisis (Pakistan)

HRC: "Human Rights of Migrant Workers"

UNIDO: "Corruption Prevention to Foster Small and Medium Sized Enterprise Development"

IAEA: "Ground Water Resource Exploitation through Isotope Techniques"

CPD: "The Effect of HIV/AIDS on the Population in Sub-Saharan Africa"

IMO: "Measures to Prevent Piracy at Sea"

SCC: "From Terrorist Threats to Attacks: Measures to Increase Awareness to Enable Effective Prevention"

Weitere Informationen:

<http://www.vimun.org>

tenvertreter der USA mit denen des Iran durchaus in einer "fortgesetzten Simulation" einen Walzer beim Rathausempfang aufs Parkett zaubern. Jedes Jahr, wie vom AFA beabsichtigt, bekamen die Teilnehmer einen guten Querschnitt über das für Wiener Konferenzen typische Rahmenprogramm, vom traditionellen Welcome Dinner beim Heurigen bis zum VIMUN-Clubbing am letzten Abend der Konferenz.

## Zurück in die Realität

Manche Teilnehmer setzen aber nach einer UNO-Simulationskonferenz wie der VIMUN ihre Karriere in Politik und Diplomatie fort. Nicht umsonst erwähnten bereits Staatspräsidenten mit Stolz, dass sie einmal Teilnehmer bei einer MUN waren. Und wer weiß, vielleicht waren auch bei der Vienna International Model United Nations 2009 zukünftige (reale) Staatsoberhäupter vertreten. <<

VIMUN 2009 "Best Speaker" - Ehrung in Anwesenheit von UNIS-Direktor Maher Nasser.



Vienna International Model United Nations at the UN Office Vienna, 2–6 August 2009



Summer talk with Dr. Madeleine PETROVIC at the "MF Group" in Vienna, 23 July 2009



Participation at the 30th anniversary of the VIC, 28 August 2009



Europe Forum Neumarkt at Forchtenstein Castle in Styria, 14–15 July 2009



VOLVO XC90

**THERE ARE PLENTY OF REASONS WHEN  
YOU THINK ABOUT VOLVO SAFETY.  
ONE IS RIGHT IN FRONT OF YOU.**



THE VOLVO XC90 OPTIONAL WITH ACTIVE BI-XENON LIGHTS AND BLINDSPOT INFORMATION TO MONITOR THE BLIND SPOTS ON THE ROAD.

**VOLVO XC90.**

Volvo. for life

**VOLVO**



**Mr. Michael Presser**  
Diplomat Sales Representative  
michael.presser@denzel.at  
01/740 20-4212  
0664/807 41 4212

fuel consumption 8,2l/100 km highway; 13,3l /100 km city driving  
CO<sub>2</sub> Emission 217 – 322 g / km  
[www.volvocars.at](http://www.volvocars.at)

**THE ONLY CERTIFIED DIPLOMATIC SALES OUTLET IN AUSTRIA.**

**WIEN 3, Erdbergstraße 189-193**

**Tel. 01/740 20-4212**

[www.DENZEL.at](http://www.DENZEL.at)

**MEGADENZEL**  
ERDBERG